

Goslar 1950

Vorbereitung, Konzeption und Ablauf des ersten Bundesparteitages der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Andreas Grau

Einleitung

Der erste Bundesparteitag der CDU fand vom 20. bis 22. Oktober 1950 in der alten Kaiserstadt Goslar statt. Dort wurde das Statut der CDU beschlossen und Konrad Adenauer zum ersten Parteivorsitzenden gewählt. Doch sowohl der Ort als auch das Datum des Parteitages werfen Fragen auf. Obwohl in Goslar die Bundes-CDU gegründet wurde und die Veranstaltung eines Bundesparteitages ein Novum für die CDU war, ist der erste Bundesparteitag in der Literatur bisher nicht ausführlich behandelt worden.¹ Zumeist wird er nur als notwendige Folge des Erfolgs der Union bei der Bundestagswahl 1949 und der Regierungsbildung durch Bundeskanzler Adenauer dargestellt. Dieser Aufsatz möchte deshalb die Vorbereitungen, die Konzeption und den Ablauf des ersten Bundesparteitages auf Grundlage der vorhandenen Quellen nachzeichnen. Neben den schon veröffentlichten Protokollen der Konferenzen der Landesvorsitzenden und der Sitzungen des Bundesvorstands wurden Archivalien des Archivs für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung (ACDP) und des Archivs der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (StBKAH) ausgewertet. Die Entstehung des Parteistatuts wird dabei nur am Rande berücksichtigt, da dies Stoff für einen eigenen Beitrag bieten würde.

1 Einen kurzen Überblick über den Goslarer Parteitag bietet Hans-Otto Kleinmann: Geschichte der CDU. Stuttgart 1993, S. 126–130. Winfried Becker: CDU und CSU 1945–1950. Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU-Bundespartei. Mainz 1987, S. 264–269 analysiert die Parteitagsreferate ohne den Ablauf des Parteitages selbst darzustellen. Die Vorgeschichte von Goslar wird von Günter Buchstab: Einleitung, in: Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953. 2. Aufl. Stuttgart 1986, S. VII–XII beschrieben. Frank Bösch: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969. Stuttgart 2001 behandelt den ersten Bundesparteitag nur am Rande.

Die Vorgeschichte

Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands war 1945/46 dezentral auf lokaler Ebene entstanden. Fast gleichzeitig mit den Kreisverbänden waren auch Landesverbände gegründet worden. 1950 existierten in der Bundesrepublik Deutschland 16 selbständige Landesverbände, wie etwa Baden-Nord und -Süd, Braunschweig oder der Landesverband Oder und Neiße für die Vertriebenen. Im September 1950 wurde in Berlin noch die Exil-CDU für die aus der DDR geflüchteten CDU-Mitglieder gegründet. Als übergeordnete Gremien bestanden bis 1950 die Berliner „Reichsleitung“ der CDU in der sowjetischen und der Kölner Zonenausschuss der CDU in der britischen Besatzungszone. In der amerikanischen und in der französischen Besatzungszone hatte sich keine überregionale Organisation der CDU herausgebildet.² Ohne Zweifel war die CDU in der britischen Zone mit ihrem Vorsitzenden Konrad Adenauer die „bedeutendste Regionalorganisation der CDU“ in Deutschland.³ Einziges gesamtdeutsches Dach der Partei war der Anfang 1946 eingerichtete Zonenverbindungsausschuss in Frankfurt/Main, aus dem 1947 die Arbeitsgemeinschaft der CDU und CSU Deutschlands hervorging.⁴ Dessen Generalsekretariat unter der Leitung von Bruno Dörpinghaus hatte aber keine nennenswerten Kompetenzen.⁵ Es sorgte lediglich für den Informationsaustausch zwischen den Parteigremien auf Länder- und Zonenebene. Als im August 1948 von der Arbeitsgemeinschaft ein Statut für CDU und CSU mit gemeinsamem Hauptausschuss und Parteivorstand vorgeschlagen wurde, scheiterte dieser Vorstoß am Einspruch der CSU.⁶ Im Januar 1949 lehnte die CSU ein gemeinsames Statut endgültig ab. Nachdem im Mai 1949 Josef Müller den Parteivorsitz an Hans Ehard abgeben musste, waren alle Hoffnungen, die CSU noch in die Gesamtunion integrieren zu können, aussichtslos geworden.⁷ Durch die Erfolge der partikularistischen Bayernpartei ab 1947/48 war die CSU sehr darauf bedacht, eigenständig zu bleiben.⁸ Der Wahlkampf für die erste Bundestagswahl am 14. August 1949 wurde

2 Vgl. Helmuth Pütz: Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946–1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands. Hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Bonn 1975, S. 87f.

3 Ebd., S. 91.

4 Vgl. Die Unionsparteien 1946–1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenz der Landesvorsitzenden (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 17). Bearb. von Brigitte Kaff. Düsseldorf 1991, S. 687f.

5 Vgl. Pütz: Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone, S. 90.

6 Vgl. ebd., S. 90f.

7 Vgl. Günter Müchler: CDU/CSU. Das schwierige Bündnis. München 1976, S. 52f.

8 Vgl. ebd., S. 58f.

deshalb maßgeblich von der Arbeitsgemeinschaft der CDU und CSU organisiert.⁹

Nach der Konstituierung des Deutschen Bundestages am 7. September 1949 und der Bildung der ersten Bundesregierung unter Bundeskanzler Konrad Adenauer am 15. September 1949 genügte das Frankfurter Sekretariat den Anforderungen nach einer einheitlichen, bundesweiten Parteiführung nicht mehr. Es war vielmehr die Konferenz der Landesvorsitzenden der CDU, die sich in den Jahren 1949/50 „zur zentralen Schaltstelle der Partei entwickelte“.¹⁰ Auf einer seiner letzten Sitzungen am 20. August 1948 hatte der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft zusammen mit den Vorsitzenden der Landesverbände allerdings noch eine Kommission eingerichtet, die Vorschläge für eine „organisatorische Zusammenfassung der CDU/CSU“ ausarbeiten sollte.¹¹ Dieser Kommission gehörten unter dem Vorsitz von Alois Zimmer¹² noch Heinrich von Brentano, Hugo Scharnberg, Otto Lenz und August Haußleiter an. Im Oktober 1949 griff Zimmer dann das Problem der fehlenden Zentralisierung der CDU wieder auf. Nachdem die staatliche Organisation nun zum Abschluss gekommen sei, so schrieb Zimmer, sei es ein unhaltbarer Zustand, dass „die stärkste Partei des Bundesstaates organisatorisch gegenüber allen anderen Parteien am weitesten zurückgeblieben“ sei.¹³ Da die CSU offenbar keine gemeinsame Partei mit der CDU bilden wolle, wie die Gründung einer eigenen Landesgruppe in der Bundestagsfraktion von CDU und CSU zeige¹⁴, müsse die CDU allein eine föderal aufgebaute Parteiorganisation schaffen. Als Grundlage könne das im August 1948 von der Arbeitsgemeinschaft ausgearbeitete Statut dienen, das er den veränderten Bedingungen angepasst habe. Zimmer bat die Landesverbände darum, das Statut bis Ende Oktober 1949 zu beraten. Eine weitere Verzögerung dieser Angelegenheit könne „eines Tages zu untragbaren und gefährlichen Konsequenzen führen“.¹⁵

9 Vgl. Günter Buchstab: Einleitung, in: Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden“, S. VIII.

10 Ebd.

11 Brief Alois Zimmers vom 9. Oktober 1949, in: ACDP 07-001-3204.

12 Alois Zimmer (1896–1973), Jurist, Landrat, MdL Rheinland-Pfalz, Innen- und Sozialminister in Rheinland-Pfalz, MdB. Zu Zimmer allgemein vgl. Abgeordnete in Rheinland-Pfalz 1946–1987. Bearb. von Heidi Mehl-Lippert/Doris Maria Peckhaus. Hg. vom Landtag Rheinland-Pfalz. Koblenz 1991, S. 319f.

13 Brief Alois Zimmers vom 9. Oktober 1949, in: ACDP 07-001-3204.

14 Am 1. September 1949 schlossen sich die CSU-Abgeordneten des Deutschen Bundestages zur CSU-Landesgruppe innerhalb der CDU/CSU-Fraktion zusammen, vgl. Günter Buchstab: Ein parlamentarisches Unikum: die CDU/CSU-Fraktionsgemeinschaft, in: Hans-Peter Schwarz (Hg.): Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im Deutschen Bundestag 1949 bis heute. München 2009, S. 255–274, hier S. 259f.

15 Brief Alois Zimmers vom 9. Oktober 1949, in: ACDP 07-001-3204.

Offenbar hatte der Vorstoß von Zimmer nicht das gewünschte Ergebnis. Auf der Konferenz der Landesgeschäftsführer am 9. November 1949 stand das Thema „Organisationsfragen der Partei“ nämlich erst an dritter Stelle auf der Tagesordnung. Dabei wurde aber nicht über das von Zimmer versandte Statut diskutiert, sondern nur der Wunsch nach engerer Zusammenarbeit der Landesverbände geäußert und festgestellt, dass der Zusammenschluss der CDU auf Bundesebene dringend erforderlich sei.¹⁶ Selbst bei der Konferenz der CDU-Landesvorsitzenden in Königswinter am 27. Februar 1950 war die Gründung der CDU-Bundespartei noch kein Thema. In der offiziellen Pressemitteilung über die Konferenz taucht dieser Punkt gar nicht auf. In der Diskussion hatten allerdings die Vertreter der CDU Badens, Fridolin Heurich und Anton Dichtel, eine Neuorganisation der Partei vorgeschlagen und eine straffere Leitung befürwortet. Adenauer ging auf diesen Vorstoß jedoch nicht ein.¹⁷ Die Unzufriedenheit über die fehlende Parteiorganisation auf Bundesebene reichte allerdings weit über den Landesverband Baden hinaus. Anfang Februar 1950 hatte der Zonenausschuss der CDU für die britische Zone in einer Resolution „die Notwendigkeit intensiver Vertiefung und Belebung der Parteiarbeit“ und den „beschleunigten Zusammenschluss mit den Landesverbänden des Bundesgebietes“ gefordert. Er rief die Landesverbände der amerikanischen und französischen Zone dazu auf, sich mit dem Zonenausschuss der britischen Zone zusammenzuschließen.¹⁸ Wie der Informationsdienst „Union in Deutschland“ (UiD) weiter meldete, habe das Zonensekretariat in Köln schon zu Jahresanfang Maßnahmen eingeleitet, die „dem beschleunigten Aufbau einer Parteiorganisation dienen sollen“.¹⁹ Ebenfalls klagte der Vorstand der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag über Mängel in der Organisation der CDU. In einem Bericht über seine Italienreise im April 1950 hob der Fraktionsvorsitzende Heinrich von Brentano die schlagkräftige Organisation der Schwesterpartei „Democrazia Cristiana“ in Italien hervor. Der Vorstand beschloss daraufhin, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die Vorschläge für eine zentrale Organisation der CDU/CSU ausarbeiten sollte. Zu Mitgliedern der Arbeitsgruppe wurden Friedrich Holzapfel²⁰, Kurt Georg Kiesinger, Franz

16 Vgl. Protokoll der Tagung der Landesgeschäftsführer der CDU/CSU der Westzonen einschließlich Berlins am 9. November 1949 in Frankfurt am Main, ebd.

17 Vgl. Die Unionsparteien 1946–1950, S. 693f.

18 Resolution des Zonenausschusses der CDU für die britische Zone vom 6. Februar 1950, in: ACDP 07-001-3201.

19 Union in Deutschland, Nr. 12, 15. Februar 1950.

20 Siehe zu Holzapfel auch den biographischen Artikel von Christopher Beckmann: Friedrich Holzapfel (1900–1969), in: Historisch-Politische Mitteilungen 12 (2005), S. 129–155.

Josef Strauß, Hugo Scharnberg und Heinrich von Brentano bestimmt.²¹ Das von Alois Zimmer vorgelegte Parteistatut war in der Bundestagsfraktion offenbar noch unbekannt.

Erfolg hatten die Forderungen zur Gründung einer Bundespartei erst, als sich der Mitgründer der CDU und Oberbürgermeister von Siegen, Ernst Bach²², Mitte April 1950 der Sache annahm. Einem Schreiben an Adenauer vom 12. April fügte Bach „Vorschläge zur organisatorischen Zusammenfassung der CDU/CSU in der Bundesrepublik Deutschland“ bei. Danach solle der Bundeskanzler einen Parteitag einberufen, auf dem die bisherige Parteiorganisation zu „einer einheitlichen Bundesorganisation“ zusammengeschlossen werden würde. Außerdem müsse der Parteitag den Parteivorsitzenden und seine Stellvertreter sowie den Parteiausschuss wählen. Der Parteiausschuss wiederum solle die übrigen Mitglieder des Parteivorstands wählen, der die Geschäfte der Partei zu führen hätte.²³ Zwei Tage später legte Bach nochmals nach: Da er eine besondere organisatorische Begabung habe, so ließ er Adenauer wissen, wolle er beim Aufbau der CDU helfen. Er glaube, der CDU „auf organisatorischem Gebiet einige Dienste leisten zu können.“ Falls Adenauer damit einverstanden sei, wäre er bereit, in der CDU „entweder das Amt des Bundesschatzmeisters oder des geschäftsführenden Vorsitzenden zu übernehmen.“ Für das andere der beiden Ämter stehe sein Freund Friedrich Holzapfel zur Verfügung. Notwendig sei jetzt vor allem „die baldmöglichste Einberufung eines außerordentlichen Parteitages für das Bundesgebiet“, um den Aufbau der Bundespartei zu beschließen.²⁴

Die Initiativen Bachs sowie die zahlreichen Klagen über die fehlende Bundesebene der CDU und das Bild der Zerrissenheit, das die Partei bot, führten dazu, dass sich die Konferenz der Landesvorsitzenden dieses Themas annahm. Ende April 1950 lud Bruno Dörpinghaus die Vorsitzenden der CDU-Landesverbände für den 11. Mai 1950 nach Königswinter ein, um über die Gesamtorganisation der Partei zu beraten.²⁵ Auch Ernst Bach drängte weiter auf die Gründung der CDU-Bundespartei. Am 2. Mai schrieb er an

21 Vgl. Aktennotiz zur Vorstandssitzung am 24. April 1950, in: ACDP 08-001-1501/1.

22 Ernst Bach (1902–1965), Kaufmann, Oberbürgermeister von Siegen, Bundesschatzmeister der CDU. Zu Bach allgemein vgl. Alois Vogel: 60 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen. Das Land und seine Abgeordneten (Schriftenreihe des Landtags Nordrhein-Westfalen 17). Düsseldorf 2006, S. 126f.

23 Brief von Bach an Adenauer vom 12. April 1950, in: StBKAH 11.03.

24 Brief von Bach an Adenauer vom 14. April 1950, ebd.

25 Vgl. Einladung der AG der CDU/CSU vom 29. April 1950, ACDP 01-247-004/2. Zunächst sollte die Konferenz am 6. Mai 1950 stattfinden, wurde aber dann auf den 11. Mai 1950 verschoben. Punkt 1 der Tagesordnung war die Organisation der Partei auf Bundesebene.

Dörpinghaus, dass er am 11. Mai unbedingt das Referat über die Organisation der Bundespartei halten wolle. Noch im Sommer müssten die Landesverbände von CDU und CSU zu einer Partei zusammenfasst werden. Aller Voraussicht nach werde die CSU aber eigenständig bleiben. Daran dürfe die Gründung einer CDU-Bundespartei aber nicht scheitern. Die Zusammenarbeit mit der CSU könne aber auch in Form einer Arbeitsgemeinschaft erfolgen.²⁶

Konrad Adenauer und die Bundesregierung im Jahr 1950

Im Frühjahr 1950 stand Bundeskanzler Adenauer vor einer äußerst schwierigen Situation: Während die Bundesregierung ständig Angriffen der Opposition, insbesondere der Sozialdemokraten ausgesetzt war, war die Position des Kanzlers alles andere als gefestigt. Wie Adenauer auf der Konferenz der CDU-Landesvorsitzenden am 27. Februar 1950 ausführte, sei die Bundesregierung noch nicht richtig organisiert und schlagkräftig. Auch seine Stellung wäre noch recht schwach. Zudem sei die Zusammenarbeit in der Regierungskoalition nicht immer einfach. In der Außenpolitik könne er durch die Haltung Frankreichs in der Saarfrage sich nicht für den Beitritt der Bundesrepublik Deutschlands zum Europarat einsetzen und zugleich werde die Aussöhnung mit Frankreich blockiert.²⁷ Wenige Tage später erfüllten sich Adenauers Befürchtungen: Am 3. März 1950 unterzeichneten Frankreich und das Saarland in Paris die sogenannten Saar-Konventionen. Nach Auffassung des Bundeskanzlers fügte dieser Akt den Verständigungsbemühungen zwischen Deutschland und Frankreich schweren Schaden zu und gab den nationalistischen Kreisen in der Bundesrepublik Auftrieb. Zudem war jetzt nicht mehr mit einer Mehrheit im Bundestag für den Beitritt zum Europarat zu rechnen.²⁸ Erst durch den Vorschlag des französischen Außenministers Robert Schuman vom 9. Mai 1950, einen gemeinsamen Markt für Kohle und Stahl zu schaffen, erhielt die Westpolitik Adenauers wieder Auftrieb. Der sogenannte Schuman-Plan entsprach nicht nur den von Adenauer „seit langem vertretenen Vorstellungen einer Verflechtung der europäischen Schlüsselindustrien“, sondern musste auch seine Situation hinsichtlich der Saarkonventionen und des Beitritts der Bundesrepublik zum Europarat „außerordentlich erleichtern“.²⁹ Der Stillstand, der die Außenpolitik Adenauers in den ersten Monaten des Jahres 1950 gekennzeichnet hatte, wurde durch die französische Initiative beendet und sie entkräftete zugleich die Argumente der Opposition.

26 Vgl. Brief von Bach an Dörpinghaus vom 2. Mai 1950, in: StBKAH 11.03.

27 Vgl. Die Unionsparteien 1946–1950, S. 690–693.

28 Vgl. Konrad Adenauer: Erinnerungen 1945–1953. Stuttgart 1965, S. 306f., S. 318.

29 Vgl. ebd., S. 328.

Zu den außenpolitischen Problemen der Bundesrepublik kam zu Anfang des Jahres 1950 noch eine schwierige Wirtschaftslage: Die Produktionskurve ging ab November 1949 deutlich zurück und die Arbeitslosigkeit stieg im Winter 1949/50 an. Die Kapitalknappheit machte sich überall bemerkbar und zur Versorgung der durch die Vertriebenen vergrößerten Bevölkerung mussten in großem Umfang Nahrungsmittel importiert werden.³⁰ Während der Erfolg der von Ludwig Erhard und der CDU propagierten Sozialen Marktwirtschaft noch auf sich warten ließ, schien die SPD mit ihren Forderungen nach stärkeren Eingriffen des Staats in die Wirtschaft Recht zu behalten.³¹ Vor diesem Hintergrund muss die Entscheidung gesehen werden, die Organisation der CDU zu reformieren und eine Bundespartei zu gründen. Dies schien auch deshalb geboten, weil der Partei nicht nur die Wähler, sondern auch die Mitglieder weglichen. Bei den Landtagswahlen 1950 in Schleswig-Holstein und Hessen musste die CDU herbe Verluste hinnehmen. Außerdem war 1950 der Lizenzierungszwang für Parteien weggefallen, was zur Gründung neuer Parteien vor allem im bürgerlichen Lager führte. Seit der Währungsreform 1948 war die Mitgliederentwicklung der CDU deshalb rückläufig. Erst nach dem Erfolg bei der Bundestagswahl 1953 stiegen die Mitgliederzahlen wieder an. Insbesondere in protestantischen Gebieten konnte die CDU nur schwer Fuß fassen und hatte noch lange mit dem Vorurteil zu kämpfen, eine katholische Partei zu sein.³²

Die Saarfrage und die Verhandlungen über den Schuman-Plan wurden aber schon bald von einem anderen außenpolitischen Problem in den Hintergrund gedrängt: der Frage nach einem deutschen Wehrbeitrag. Durch den Überfall nordkoreanischer Truppen auf Südkorea am 25. Juni 1950 wurde die prekäre Sicherheitslage in Mitteleuropa blitzartig deutlich. Angesichts der hochgerüsteten sowjetischen Truppen in der DDR und der paramilitärischen Kasernierten Volkspolizei der ostdeutschen Regierung forderte der Bundeskanzler eine Sicherheitsgarantie der Westmächte für die Bundesrepublik Deutschland und eine Verstärkung der Besatzungstruppen. Seine Gedanken über einen deutschen Wehrbeitrag fasste er in einem Memorandum zusammen, das er ohne Absprache mit dem Bundeskabinett am 30. August 1950 den Alliierten Hohen Kommissaren übergab. Darin sprach er sich für den Aufbau einer Bundespolizei als Gegengewicht zur Kasernierten Volkspolizei und für deutsche Kontingente im Rahmen einer europäischen Armee aus.³³ Innenpolitisch

30 Vgl. Hans Peter Schwarz: Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957. Stuttgart 1981, S. 77f.

31 Vgl. ebd., S. 83f.

32 Vgl. Kleinmann: Geschichte der CDU, S. 135–137 und Bösch: Die Adenauer-CDU, S. 96–98.

33 Vgl. Adenauer: Erinnerungen, S. 355–359.

schlugen Adenauers Memorandum und seine Bereitschaft zur Aufstellung deutscher Truppen hohe Wellen. Die Sozialdemokraten liefen Sturm gegen einen deutschen Wehrbeitrag. Auch große Teile der Evangelischen Kirche, deren prominentester Vertreter der Adenauer-Kritiker Kirchenpräsident Martin Niemöller³⁴ war, waren dagegen. Im Bundeskabinett trat Innenminister Gustav Heinemann am 9. Oktober 1950 wegen eines grundlegenden Dissenses mit dem Bundeskanzler in dieser Frage sogar zurück. Die Auseinandersetzungen um einen deutschen Verteidigungsbeitrag bestimmten noch auf Jahre hinaus die innenpolitische Diskussion.³⁵

Von Königswinter nach Goslar

Auf der Tagung der CDU-Landesvorsitzenden in Königswinter am 11. Mai 1950 wurde über die Notwendigkeit zur Gründung einer bundesweiten Parteiorganisation gar nicht mehr diskutiert. In seinem Referat blickte Bundeskanzler Adenauer auf die organisatorische Entwicklung der Union zurück und erklärte, dass sich die nicht gefestigte Organisation mittlerweile politisch störend bemerkbar mache. Der Entschluss, die Partei auf gesamtdeutscher Basis zu organisieren, werde das Ansehen der Partei in Deutschland und Europa stärken.³⁶ Heinrich von Brentano hielt einen Zusammenschluss auf Bundesebene ebenfalls für erforderlich, da die Fraktion jetzt im luftleeren Raum arbeite. Bei seinen Besuchen im Ausland habe er die Wirkung straff organisierter christlicher Parteien kennengelernt.³⁷ Anschließend berichtete Alois Zimmer über die Entstehung des Parteistatuts, das schon 1948 durch den Organisationsausschuss der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU formuliert worden sei. Der von Bach kürzlich vorgelegte Satzungsentwurf sei in der Diskussion als nicht geeignet angesehen worden. Kern der CDU-Bundespartei sollten die Landesverbände sein. Den Vorstellungen Zimmers stimmten die Anwesenden einmütig zu.³⁸ In der folgenden Diskussion über den Aufbau der Bundespartei forderte Jakob Kaiser, dass „der deutsche Osten“ unbe-

34 Emil Gustav Martin Niemöller (1892–1984), ev. Theologe, Mitglied der Bekennenden Kirche, Kirchenpräsident von Hessen und Nassau. Vgl. Artikel von Carsten Nicolaisen: Niemöller, Emil Gustav Martin, in: *Neue Deutsche Biographie* 19 (1998), S. 239–241, Onlinefassung: www.deutsche-biographie.de/sfz71923.html (Zugriff: 14. März 2011). Niemöller gehörte von Beginn an zu den schärfsten Kritikern von Adenauers Politik und insbesondere der Wiederbewaffnung, gegen die er heftig polemisierte. Vgl. Hans-Peter Schwarz: *Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952*. Stuttgart 1986, S. 771f.

35 Vgl. ebd., S. 771–774.

36 Vgl. *Die Unionsparteien 1946–1950*, S. 694f.

37 Vgl. ebd., S. 695.

38 Vgl. ebd., S. 696.

dingt in den Führungsgremien vertreten sein müsse. Auch diesem Vorschlag wurde zugestimmt.³⁹ Auf Anregung von Brentanos wurde beschlossen, die Parteivorsitzenden durch den Bundesparteitag wählen zu lassen und die übrigen Vorstandsmitglieder durch den Hauptausschuss.⁴⁰ Der Frankfurter Heinrich Lünendonk forderte, schon jetzt einen vorläufigen Vorstand zu wählen. Parteivorsitzender solle Adenauer werden. Die Vorsitzenden der CDU-Landesverbände verständigten sich darauf, den Parteitag im Herbst abzuhalten. Für die weiteren Arbeiten und die Verhandlungen mit der CSU wurde ein Ausschuss eingesetzt. Ihm gehörten Ernst Bach, Friedrich Holzapfel, Anton Hilbert, Heinrich Lünendonk, Walther Schreiber, Rudolf Vogel, Helene Weber und Alois Zimmer an. Zum vorläufigen CDU-Vorsitzenden wurde einstimmig Konrad Adenauer gewählt.⁴¹

Noch am gleichen Tage trat der Arbeitsausschuss bzw. vorbereitende Ausschuss unter dem Vorsitz von Zimmer zu seiner ersten Sitzung zusammen und verabschiedete das „Statut der CDU Deutschlands“, das schon am 17. Mai 1950 an die Landesverbände verschickt wurde. Nach diesem Statut gliedert sich die CDU in Landesverbände. Ihre Organe sind der Bundesparteitag, der Parteiausschuss und der Vorstand. Der Bundesparteitag wählt den Bundesvorsitzenden und drei Stellvertreter, während die sieben weiteren Vorstandsmitglieder vom Parteiausschuss gewählt werden. Der Parteiausschuss wiederum wird aus dem Vorstand, den Landesvorsitzenden und den Vorsitzenden der Landtagsfraktionen sowie Delegierten der Landesverbände gebildet.⁴²

Gleich nach dem Zusammenschluss der CDU-Landesverbände ging die Auseinandersetzung um Ämter los. Es war wieder Bach, der Adenauer daran erinnerte, dass er bereit sei, das „Amt des Reichsschatzmeisters“ zu übernehmen. Robert Pferdenges sei mit dieser Regelung einverstanden. Außerdem forderte er den Bundeskanzler auf, sich über seine Stellvertreter als Parteivorsitzender klar zu werden. Es sollte je ein Parteifreund aus Nord- und Süddeutschland und aus Berlin sein. Für Norddeutschland schlage er Friedrich Holzapfel vor. Der Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein, Carl Schröter, komme für dieses Amt ebenso wenig in Frage wie der Vorsitzende von Hannover, Günther Gereke.⁴³

39 Ebd.

40 Vgl. ebd., S. 697.

41 Vgl. Die Unionsparteien 1946–1950, S. 697f.

42 Vgl. ebd., Anlage 3, S. 703–705 sowie Günter Buchstab: Einleitung, in: Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden“, S. IX. Ein Protokoll dieser Sitzung liegt nicht vor.

43 Brief von Bach an Adenauer vom 24. Mai 1950, in: StBKAH 11.03. Dass Bach Friedrich Holzapfel für das Amt des stellvertretenden Parteivorsitzenden vorschlug, verwundert nicht: Zum einen gehörte Holzapfel damals zu den prominenten und einflussreichen Spitzenpolitikern der CDU und zum anderen sollte der Protestant Holzapfel im Parteivorstand

Neben den Personalfragen war auch der Austragungsort des Parteitages noch ungeklärt. Als erster Interessent meldete sich der Oberbürgermeister von Heidelberg, Hugo Swart, der am 22. Juni diesbezüglich an den vorbereitenden Ausschuss schrieb. Heidelberg gehöre zu den wenigen Städten, die „einen wirklich reibungslosen Ablauf eines großen, mehrere Tage dauernden Parteitages garantieren“ könne. Die Verkehrslage der Stadt sei „die beste in ganz Deutschland“, und Heidelberg und seine Umgebung böten vielfältige Erholungsmöglichkeiten.⁴⁴

Wenig später befasste sich auch der vorbereitende Ausschuss mit dem Ort des Parteitages. Wie Zimmer dem Parteivorsitzenden am 15. Juli 1950 mitteilte, sei für die Abhaltung des Parteitages „der Ort sehr wichtig“. Falls Adenauer diesbezüglich Wünsche habe, möge er sie mitteilen. Für weitere Beratungen, habe er den vorbereitenden Ausschuss sowie drei Vertreter der CSU am 21. Juli 1950 zu einer Sitzung eingeladen.⁴⁵

Gleich zu Beginn dieser Sitzung, die von Zimmer im Auftrag Adenauers geleitet wurde, berichtete er über einen Anruf des Berliner Landesverbandes, den Parteitag doch in Berlin durchzuführen. Neben Berlin und Heidelberg seien als Tagungsorte für den Bundesparteitag auch noch Mainz und Stuttgart vorgeschlagen worden. Aus „politischen Gründen“ sahen die Ausschussmitglieder Berlin als den „gegebenen Tagungsort“ an. Starke Bedenken wurden allerdings wegen der mit Berlin verbundenen organisatorischen Probleme erhoben. Falls der Parteitag nicht in Berlin abgehalten werden könne, müsse auf jeden Fall der nächste Bundesparteitag dort stattfinden. Nach der Diskussion über das Parteistatut wurde der Ablauf des Parteitages angesprochen.⁴⁶

Noch am gleichen Tag informierte Zimmer Adenauer über die Sitzung. Der Ausschuss sei der Ansicht, dass der Parteitag „unter allen Umständen noch in diesem Jahr stattfinden“ müsse. Als mögliche Tagungsorte kämen

ein Gegengewicht zu dem Katholiken Adenauer bilden. Außerdem kam Holzapfel aus dem mitgliederstarken Landesverband Westfalen, der ohnehin Anspruch auf einen Platz im Parteivorstand hatte. Nicht zuletzt hatte Holzapfel als ehemaliger Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Frankfurter Wirtschaftsrat und stellvertretender Vorsitzender CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag einen großen Anteil an den bisherigen Erfolgen der CDU. Vgl. Beckmann: Friedrich Holzapfel, S. 146–151.

44 Brief des Oberbürgermeisters von Heidelberg an den vorbereitenden Ausschuss vom 22. Juni 1950, in: ACDP 01-009-010/1.

45 Brief von Zimmer an Adenauer vom 15. Juli 1950, in: StBKAH 10.03. Zunächst sollten der vorbereitende Ausschuss und die Konferenz der Landesvorsitzenden schon am 3. Juli 1950 tagen. Da an diesem Termin viele Teilnehmer verhindert waren, wurden die Sitzungen auf den 21. Juli 1950 verschoben. Vgl. Union in Deutschland, Nr. 50, 1. Juli 1950 und Nr. 51, 5. Juli 1950.

46 Vgl. Protokoll der Sitzung des vorbereitenden Ausschusses am 21. Juli 1950, in: ACDP 07-001-3204.

Heidelberg, Berlin und vielleicht noch Mainz in Frage. Gegen Berlin seien viele Bedenken geäußert worden, weshalb Heidelberg „die meisten Sympathien“ habe. Schließlich müsse noch über die Beteiligung der CSU an dem Parteitag entschieden werden.⁴⁷

In seiner Antwort sprach sich der Bundeskanzler eindeutig gegen Berlin als Tagungsort aus: „Wie sollen die Leute denn nach Berlin kommen?“ Es komme nur Heidelberg in Frage. Hinsichtlich der Referenten solle nicht auf aktive Politiker zurückgegriffen werden, damit sich die Referate „über das übliche Tagesniveau erheben und grundsätzlicher Natur“ seien. Was die Beteiligung der CSU angehe, so solle Zimmer mit ihr Kontakt aufnehmen.⁴⁸

Dass der Bundeskanzler inzwischen die Notwendigkeit zur Neuorganisation der CDU erkannt hatte und auf eine starke Bundespartei drängte, zeigt sein Brief vom 24. Juli 1950. Aus seinem Urlaubsort im Schwarzwald beklagte er sich bei Zimmer über den Zustand der CDU. Sie sei „sehr schnell aus verschiedenartigsten Elementen entstanden“. Mittlerweile trete die „einheitliche weltanschauliche Grundlage“ immer mehr zurück. Die Landesverbände beanspruchten eine „zu große Selbständigkeit“, und auch die Bundestagsfraktion marschiere „ganz selbständig“. Insgesamt biete die CDU „viel zu wenig das Bild einer großen, geschlossenen Partei“. Deshalb sei eine stärkere Zentralisation unbedingt erforderlich. Er bat Zimmer, diesen Dingen bei den Beratungen des Parteistatuts „besondere Aufmerksamkeit“ zu widmen. Auch müssten die Vereinigungen „in engere Verbindung mit der Gesamtleitung gebracht werden“.⁴⁹

Auf der Sitzung der CDU-Landesvorsitzenden am 31. Juli 1950 in Königswinter wurden die Planungen für den Parteitag dann weiter vorangetrieben. Unmittelbar vor der Sitzung tagte noch der vorbereitende Ausschuss, der ausführlich über das Parteistatut beriet. Aus Zeitmangel wurde die Organisation des Parteitages nur kurz angesprochen.⁵⁰ Auch die Landesvorsitzenden diskutierten zunächst das Statut. Dabei wurde der Bundesparteiausschuss um den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion und fünf Vertreter für die Gebiete jenseits von Oder und Neiße erweitert. Auch der Bundesparteivorstand wurde um die Person des Schatzmeisters vergrößert. Auf Vorschlag von Alois Zimmer, der die Sitzung für den verhin-

47 Brief von Zimmer an Adenauer vom 21. Juli 1950, in: StBKAH 10.03.

48 Brief von Adenauer an Zimmer vom 26. Juli 1950, ebd; Abdruck in: Adenauer. Briefe 1949–1951. Bearb. von Hans Peter Mensing. Berlin 1985, S. 257.

49 Brief von Adenauer an Zimmer vom 24. Juli 1950, ebd; Abdruck ebd.

50 Vgl. Sitzung des Organisationsausschusses der CDU am 31. Juli 1950, in: ACDP 07-001-3204. Rudolf Vogel schlug im Auftrag der CDU Nordwürttemberg in der Sitzung noch Stuttgart als Tagungsort für den Parteitag vor.

derten Parteivorsitzenden leitete, sprach sich eine große Mehrheit für den 20.–22. Oktober 1950 als Termin für den Parteitag aus. Hinsichtlich des Tagungsortes schlug Zimmer vor, zuerst nur über Berlin abzustimmen. Daraufhin wiesen die anwesenden „Berliner“ Jakob Kaiser, Walther Schreiber und Ferdinand Friedensburg auf die große Wirkung eines Parteitages in Berlin hin. In der folgenden Abstimmung konnte sich Berlin durchsetzen. Als Zimmer danach erklärte, Adenauer habe sich eindeutig gegen Berlin ausgesprochen, fing die Diskussion wieder an. In einer zweiten Abstimmung wurde dann das erste Abstimmungsergebnis wieder aufgehoben. Es wurde beschlossen, zuerst mit Adenauer Rücksprache zu halten und erst dann den Tagungsort festzulegen.⁵¹

Um die Vorstellungen Adenauers zur Organisation der Partei und zum Parteitag zu erfahren, ließ sich Alois Zimmer Anfang August einen Termin im Kanzleramt geben.⁵² Zu der Besprechung brachte Zimmer offenbar einen von Ernst Bach ausgearbeiteten konkreten Ablaufplan für den Parteitag mit, dem Adenauer mit einer Ausnahme zustimmte.⁵³ Nach dem von Bach entworfenen Plan sollte der Bundesparteitag der CDU am Freitag, dem 20. Oktober 1950, um 19.30 Uhr mit einem Begrüßungsabend beginnen. Weiterer Programmpunkt an diesem Abend war eine Festrede des Parteivorsitzenden zum Thema „Deutschlands Stellung und Aufgaben in der Welt“. Die eigentliche Delegiertentagung sollte am Samstag, dem 21. Oktober 1950, um 9.00 Uhr durch Adenauer eröffnet werden. Anschließend war die Wahl des Parteivorsitzenden und der Stellvertreter vorgesehen sowie die Beratung und Annahme des Parteistatuts. Um 14.00 Uhr sollte eine Sitzung des Parteausschusses stattfinden, um die Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder durchzuführen. Gegen 16.00 Uhr würde der Parteitag dann mit Referaten zum geschichtlichen und kulturellen Auftrag der CDU fortgesetzt werden. Am Sonntag, dem 22. Oktober 1950, sah der Plan um 8.00 Uhr Gottesdienste beider Konfessionen vor. Gegen 10.00 Uhr sollten wieder Referate folgen: am Vormittag zum sozialen Auftrag der CDU und am Nachmittag zum Thema

51 Vgl. Die Unionsparteien 1946–1950, S. 707–717. Zum Statut siehe ebd., S. 719–721. In der ersten Abstimmung erhielt Berlin zehn Stimmen bei drei Enthaltungen und zwei Gegenstimmen. In der folgenden Abstimmung stimmten sieben für und fünf gegen die Aufhebung der ersten Abstimmung bei zwei Enthaltungen. – Wie der UiD daraufhin berichtete, habe sich die Mehrheit der Landesvorsitzenden für Berlin ausgesprochen. Eine endgültige Entscheidung werde aber erst von der nächsten Konferenz getroffen. Vgl. Union in Deutschland, Nr. 60, 5. August 1950.

52 Vgl. Brief Zimmers an das Bundeskanzleramt vom 9. August 1950, in: StBKAH 10.03.

53 Vgl. Brief von Bach an Adenauer vom 17. August 1950, in: StBKAH 11.03. „Dr. Zimmer teilt mir heute mit, daß Sie mit meiner Aufstellung über den 1. Parteitag einverstanden sind.“

„Die CDU und die Wirtschaft“. Eine öffentliche Abschlusskundgebung war für 19.30 Uhr geplant. Dabei sollten der Parteivorsitzende und seine Stellvertreter sprechen.⁵⁴

Weil über den Ort des Parteitages immer noch nicht entschieden war, versuchten sowohl Heidelberg als auch Berlin für sich zu werben. So wandte sich der Vorsitzende der CDU Badens, Anton Heurich, am 10. Juli 1950 an Adenauer und teilte mit, dass der Landesausschuss der CDU Baden den Vorschlag der Kreisverbände Heidelberg unterstützen würde, den Bundesparteitag in Heidelberg abzuhalten.⁵⁵ Mitte August 1950 wiesen nochmals die CDU-Vorsitzenden der Kreise Heidelberg-Stadt und -Land sowie der Vorsitzende der Jungen Union Heidelberg in einem Rundschreiben an die CDU darauf hin, dass Heidelberg „durch seine historische Vergangenheit“, seine „günstige, zentrale Lage“ und durch „seine Unzerstörtheit“ „auch den stärksten Anforderungen gewachsen“ sei und deshalb als Tagungsort für den ersten Bundesparteitag gewählt werden sollte. Obwohl sicher wichtige politische Gründe für Berlin sprechen würden, seien doch auch Punkte zu beachten, „denen die Stadt Berlin in der gegenwärtigen Situation wohl kaum gewachsen ist.“⁵⁶ In einer umfangreichen Erwiderung setzte sich der stellvertretende Oberbürgermeister von Berlin, Ferdinand Friedensburg, mit den Argumenten der Heidelberger auseinander. Die Union habe sich klar zur gesamtdeutschen Aufgabe bekannt, so Friedensburg. Diesem Ziel entspreche aber nicht „das peripher gelegene Heidelberg“, sondern allein Berlin „als Bollwerk und Schlüsselpunkt der gesamtdeutschen Entwicklung“. In Berlin könne die CDU damit rechnen, dass der Parteitag von tausenden Männern und Frauen besucht werde und Hunderttausende daran Anteil nehmen würden. Außerdem verfüge die Stadt über eine ausgeprägte Presselandschaft. Angesichts der bevorstehenden Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 3. Dezember 1950 könne die Wahlchancen der CDU nichts „besser beeinflussen als die Abhaltung eines Parteitages“. Er könne natürlich keine unzerstörte Stadt in Aussicht stellen, aber eine anspruchsvolle politische Bewegung, sollte „sich nicht in das Idyll von gestern begeben, sondern die harte, nüchterne Gegenwart aufsuchen, um sich mit ihr auseinanderzusetzen“.⁵⁷

54 Vgl. ebd., Anlage. Vermutlich wurde der Ablauf des Bundesparteitages bei einer Sitzung des vorbereitenden Ausschusses am 23. August 1950 im Bundeskanzleramt weiter beraten. Ein Protokoll von dieser Sitzung liegt nicht vor. Vgl. Einladung der AG der CDU/CSU vom 16. August 1950, in: ACDP 01-009-010/1.

55 Vgl. Brief von Heurich an Adenauer vom 10. Juli 1950, ebd.

56 Brief der CDU-Heidelberg vom 17. August 1950, in: ACDP 03-002-150/3.

57 Brief von Friedensburg an die CDU in Heidelberg vom 24. August 1950, in: ACDP 03-007-001/1.

Da die Planungen für den Parteitag stockten und Dörpinghaus wegen eines Autounfalls längere Zeit ausfiel, fragte Adenauer Ende August 1950 etwas ratlos bei Zimmer an, was nun zu tun sei. Bis zum Parteitag bleibe nicht mehr viel Zeit und er mache sich Sorgen.⁵⁸ In seiner Antwort schrieb Zimmer, es sei notwendig, jetzt Ort und Termin⁵⁹ festzulegen. Beides könnten nur die Landesvorsitzenden bestimmen. Was den Tagungsort angehe, so käme es auf die süddeutschen Landesverbände an, ob deren Delegierten auch wirklich nach Berlin fahren würden. Allerdings müsse der Parteitag keine machtvollere Demonstration nach außen sein, sondern sollte eher einen harmonischen Verlauf haben. Die weiteren Vorbereitungen des Parteitages sollte ein kleines Gremium übernehmen, wofür sich der vorbereitende Ausschuss anbieten würde.⁶⁰

Die Entscheidung für Goslar

Einen großen Fortschritt für die Vorbereitung des Parteitages bedeutete die Konferenz der Landesvorsitzenden am 11. September 1950. Unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers wurde in erster Linie die Organisation des Bundesparteitages beraten. Nach einem kurzen Lagebericht wandte sich Adenauer dem Parteitag zu. Er solle der Besinnung auf die ideologischen Grundlagen der Partei dienen. Die Verhältnisse in einigen Landesverbänden erforderten es, alle Kräfte zusammenzufassen und ein weiteres Auseinanderleben der Partei zu verhindern. Er sei in ernster Sorge um die CDU. Hinsichtlich des Tagungsortes habe er zwar großes Verständnis für Berlin, doch sei die Partei im Moment zu zersplittert, um dort einen geschlossenen Eindruck zu machen. Der Landesverband Rheinland erklärte daraufhin, er sehe sich nicht in der Lage, Delegierte nach Berlin zu schicken. Auch Hessen sprach sich gegen Berlin und für Heidelberg oder Mainz aus. Für den Landesverband Hannover machte Adolf Cillien den Vorschlag, den Parteitag in der Nähe der Zonengrenze zu veranstalten, z. B. in Goslar. Nachdem Jakob Kaiser nochmals für Berlin geworben hatte, sprach sich der Landesverband Rheinland-Pfalz gegen Berlin aus. In der folgenden Abstimmung stimmten acht Landesverbände gegen und fünf für Berlin.⁶¹ Da offenbar keiner der bisher vorgeschlagenen Orte mehrheitsfähig war, entwickelte sich in der Debatte „die Stimmung immer stärker für Goslar“. Schließlich stimmten die Landesvorsitzenden mit 11 zu 3 Stimmen bei ei-

58 Vgl. Brief von Adenauer an Zimmer vom 28. August 1950, in: StBKAH 10.04.

59 Offenbar war Zimmer entfallen, dass als Termin schon der 20.–22. Oktober festgelegt worden war.

60 Vgl. Brief von Zimmer an Adenauer vom 5. September 1950, in: StBKAH 10.04.

61 Vgl. Die Unionsparteien 1946–1950, S. 723–727.

ner Enthaltung für Goslar. Als Termin des Parteitages wurde der 20. bis 22. Oktober 1950 beibehalten. Um die weiteren Vorbereitungen zu klären, wurde eine technische Kommission gebildet, der Alois Zimmer, Ernst Bach, Otto Fricke, Ewald Samsche, Heinz Lubbers und Peter Müllenbach angehörten. Bei der Beratung des Programms wurde der von Ernst Bach vorgelegte Ablauf ohne größere Diskussionen mit einer Änderung akzeptiert.⁶² Zur Frage der Referenten gab es allerdings unterschiedliche Auffassungen. Während sich Adenauer gegen aktive Politiker aussprach, meinten u. a. Josef Hermann Dufhues und Anton Hilbert, die Delegierten wollten aktive Politiker hören. Als Kompromiss einigte man sich darauf, sowohl Wissenschaftler als auch Politiker sprechen zu lassen. Außerdem sollte das Programm noch um Referate über „den deutschen Osten“ und „die junge Generation“ ergänzt werden. Zur weiteren Ausarbeitung des Programms wurde ein Ausschuss eingesetzt, dem Heinrich von Brentano, Jakob Kaiser, Josef Hermann Dufhues, Paul Bausch, Georg Strickrodt und Margarete Gröwel angehörten. Als erster Sitzungstermin des Ausschusses wurde der 14. September 1950 in Bonn festgelegt. Die technische Kommission tagte erstmals am 18. September in Goslar.⁶³

Nach den Sitzungen der am 11. September in Königswinter eingerichteten Ausschüsse nahm der Parteitag immer konkretere Formen an. In einem Rundschreiben an die Landesverbände unterrichtete die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU über das Treffen der technischen Kommission am 17. September 1950 in Goslar und forderte die Landesverbände auf, die stimmberechtigten Delegierten zu wählen und die nichtstimmberechtigten Delegierten zu benennen. Dem Schreiben war ein Anmeldeformular für die Teilnehmer des Parteitages beigelegt.⁶⁴ Wie im UiD über den Ortstermin der technischen Kommission zu lesen war, sei man der Überzeugung, „Goslar werde ein idealer Tagungsort sein“. Die Kommission plane mit 450 Delegierten sowie rund 500 weiteren Teilnehmern. Die organisatorische Zentrale solle das Hotel Achtermann sein. Der Parteitag selbst werde im nahegelegenen Odeon-Theater stattfinden, das rund 1.200 Personen Platz biete. Im näheren Umkreis stünden darüber hinaus noch weitere Besprechungsräume zur Verfügung. Insgesamt seien in Goslar „ideale Voraussetzungen für einen reibungslosen Verlauf der Arbeit“ gegeben.⁶⁵

62 Vgl. ebd., S. 727f. Die von Bach vorgesehene Diskussion der Leitsätze der CDU wurde gestrichen. Zur Wahl Goslars hat vermutlich auch die gute Bekanntschaft Adenauers mit dem aus Goslar stammenden niedersächsischen Wirtschaftsminister Otto Fricke beigetragen. Vgl. Rolf Zick: Die CDU in Niedersachsen. Eine Chronik. Sankt Augustin 2009, S. 58f.

63 Vgl. Die Unionsparteien 1946–1950, S. 730–732.

64 Vgl. Brief der AG der CDU/CSU vom 19. September 1950, in: ACDP 03-007-001/1.

65 Union in Deutschland, Nr. 75, 27. September 1950.

In einem weiteren Rundschreiben vom 21. September 1950 informierte die Arbeitsgemeinschaft die Landesverbände über die Einrichtung von neun Arbeitskreisen für den Bundesparteitag. Es waren Arbeitskreise für Frauen, die Junge Union, für Kulturpolitik, Soziales, Wirtschaft, Landwirtschaft, die Kommunalpolitische Vereinigung, den öffentlichen Dienst und für Presse, Rundfunk und Film vorgesehen. Mit gleicher Post erhielten die Landesverbände einen Programmentwurf.⁶⁶

Um das Programm für den ersten Bundesparteitag und das Parteistatut abschließend zu beraten und vor allem um die Zusammensetzung des Parteivorstands zu klären, regte Bach in einem Brief an Adenauer an, doch am 6. Oktober 1950 nochmals eine Sitzung der Landesvorsitzenden einzuberufen. Da Adenauer sicher zum Parteivorsitzenden gewählt werde, müsse er jetzt schon überlegen, mit wem er als Stellvertreter zusammenarbeiten wolle. Bach schlug dafür Friedrich Holzapfel, Jakob Kaiser und Adolf Süsterhenn vor. Aus Baden oder Württemberg komme wohl niemand für diese Posten in Frage, aus Hessen vielleicht noch Werner Hilpert. Er könne sich aber nicht vorstellen, dass Adenauer mit Hilpert einverstanden sei. Falls Adenauer wünsche, dass er das Amt des Schatzmeisters übernehme, dann müsse er ihn auch vorschlagen. Damit die Wahl des Parteivorstandes reibungslos verlaufe, müsse Adenauer bald die notwendigen Gespräche mit den Landesvorsitzenden führen.⁶⁷

66 Brief der AG der CDU/CSU vom 21. September 1950, in: ACDP 03-007-001/1. Nach dem Programmentwurf würde der erste Bundesparteitag am 20. Oktober 1950 um 17.00 Uhr mit einer Sitzung der Landesvorsitzenden und der Konstituierung der Arbeitskreise beginnen. Um 19.30 Uhr würde der Parteitag im Odeon-Theater in Goslar offiziell eröffnet werden. Anschließend sollte Bundeskanzler Adenauer eine Festansprache zum Thema „Deutschlands Stellung und Aufgabe in der Welt“ halten. Um 22.00 Uhr fände noch ein Presseempfang im Hotel Achtermann statt. Am 21. Oktober 1950 würde um 9.00 Uhr die eigentliche Delegiertentagung beginnen. Zuerst fände die Wahl des Parteipräsidiums statt sowie die Wahl des Parteivorsitzenden und seiner drei Stellvertreter. Im Anschluss würde das Parteistatut angenommen. Um 11.00 Uhr sollte ein Referat über „Den geschichtlichen Auftrag der CDU“ folgen. In der Mittagspause sollte der Parteiausschuss tagen, um die übrigen Vorstandsmitglieder zu wählen. Ab 15.00 Uhr würden weitere Referate zum kulturellen Auftrag der CDU, über die junge Generation und über Europa folgen. Der Parteitag würde dann um 22.00 Uhr mit einem geselligen Beisammensein enden. Wegen der Gottesdienste sollte der Parteitag am 22. Oktober 1950 erst um 11.00 Uhr mit einem Referat über den sozialen Auftrag der CDU beginnen. Danach um 15.00 Uhr sei ein Referat zum Thema „Die CDU und die Wirtschaft“ vorgesehen. Um 19.30 Uhr käme die öffentliche Schlusskundgebung. Der Parteivorsitzende und seine Stellvertreter sollten dabei über „Deutschland und der deutsche Osten“ sprechen. – Später wurden noch Arbeitskreise für Vertriebene, Kriegsoffer und Berufssoldaten gebildet. Vgl. Brief der AG der CDU/CSU vom 10. Oktober 1950, ebd.

67 Vgl. Brief von Bach an Adenauer vom 27. September 1950, in: StBKAH 11.03. Zu dieser Zeit waren noch drei stellvertretende Parteivorsitzende vorgesehen. Offenbar hatte Bach mit seinem Schreiben keinen Erfolg, denn am 10. Oktober 1950 wandte er sich nochmals an den Bundeskanzler. Er bat um ein Gespräch, um die Zusammensetzung des Partei-

Anstatt der von Bach vorgeschlagenen Konferenz der Landesvorsitzenden fanden am 6. Oktober 1950 Sitzungen des vorbereitenden Ausschusses, der technischen Kommission und des Programmausschusses statt. Wie der Vorsitzende Zimmer zu Beginn der Sitzung des vorbereitenden Ausschusses berichtete, seien zahlreiche Schreiben von der Partei eingegangen, die „um Berücksichtigung ihrer Vertreter im demnächstigen Parteivorstand bäten“. Er forderte die Ausschussmitglieder auf, sich dafür einzusetzen, dass der „Bundesvorstand der CDU zu einer Gesamtrepräsentation der Partei“ werde und nicht zu einer Versammlung von Interessenvertretern. Laut Parteistatut entschieden allein der Parteitag und der Parteiausschuss über die Zusammensetzung des Bundesvorstands. Danach diskutierte der Ausschuss die noch offenen Fragen hinsichtlich des Parteistatuts. Die letzte Fassung des Statuts wurde den Landesvorsitzenden zur endgültigen Genehmigung zugeschickt.

Am Nachmittag stand dann das Parteitagsprogramm im Mittelpunkt der Beratungen. Dabei drängte Zimmer darauf, sofort die Rednerliste festzulegen. Wie Dörpinghaus ergänzte, habe Bundeskanzler Adenauer vorgeschlagen, zum Grundsatzreferat außer Professor Stier aus Münster noch den Bundestagsabgeordneten Kiesinger sprechen zu lassen. Auch über die Referenten zur Kulturpolitik sollte nochmals nachgedacht werden. Linus Kather warf daraufhin ein, dass die Vertriebenenverbände Bedenken gegen Bundesminister Hans Lukaschek als Redner geäußert hätten. Als Jakob Kaiser den gesamten Programmwurf kritisierte, erklärte Zimmer, es sei der Wunsch Adenauers, sich beim Parteitag den geistigen Grundlagen der CDU zuzuwenden. Heinrich von Brentano pflichtete Zimmer bei und ergänzte, der Bundeskanzler sei mit der Rednerliste im Großen und Ganzen einverstanden. Paul Bausch warf die Frage auf, ob denn Ludwig Erhard sein Referat zur Wirtschaftspolitik auch aus christlicher Sicht halten werde? Darüber habe er mit Erhard bereits gesprochen, bemerkte daraufhin von Brentano. Der Wirtschaftsminister werde die in ihn gesetzten Erwartungen voll erfüllen. Nach intensiver Debatte über die Referenten zum Thema Kulturpolitik einigte sich der Ausschuss darauf, an den vorgesehenen Rednern festzuhalten. Eine weitere Diskussion entspann sich über die Frage von Kaiser, wie denn die Ergebnisse des Parteitages der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollten. Es wurde beschlossen, in Goslar eine Gesamtresolution zu verabschieden. Entschließungen zu Einzelfragen könnten an den Bundesvorstand oder an den Parteiausschuss überwiesen werden.

vorstands zu diskutieren. Wie auf dem Brief vermerkt ist, fand dieses Treffen am 13. Oktober 1950 im Bundeskanzleramt statt. Vgl. Brief von Bach an Adenauer vom 10. Oktober 1950, ebd.

Daraufhin wandte sich der Ausschuss den einzelnen Programmpunkten zu. Als Verantwortliche für den Ablauf des ersten Bundesparteitages und als Verbindungsstelle zu den zwölf Arbeitskreisen wurde abschließend eine kleine Kommission gebildet, der Heinrich von Brentano, Georg Strickrodt und Ernst Bach angehörten.⁶⁸

Letzte Planungen

Über den endgültigen Ablauf des Bundesparteitages wurde erst auf der Konferenz der Landesvorsitzenden am 13. Oktober 1950 in Königswinter entschieden. Zunächst wurde das Programm beraten. Der gesamte Parteitag mit Ausnahme der Wahlen am Samstagvormittag solle öffentlich sein, so Zimmer. Es sollten Grundsatzreferate gehalten werden, die über die Tagespolitik hinausgingen. Bach stimmte Zimmer zu und schlug vor, den Programmentwurf ohne Diskussion zu beschließen. Adenauer regte an, das Parteistatut am 20. Oktober durch die Landesvorsitzenden unterzeichnen und am nächsten Tag durch die Delegierten bestätigen zu lassen.⁶⁹ Trotz des Hinweises von Bach hatte Adenauer noch einige Änderungswünsche. So sollte das Referat von Professor Hans Erich Stier durch ein Korreferat des Bundestagsabgeordneten Kurt Georg Kiesinger ergänzt werden. Da in der Rednerliste noch eine evangelische Frau fehle, schlage er dafür Luise Rehling vor. Auch zum Thema „Der deutsche Osten“ müsse noch ein evangelischer Referent gefunden werden. Eugen Gerstenmaier falle wegen einer Amerikareise aus und müsse ersetzt werden. Er frage sich außerdem, so Adenauer weiter, ob neben den Bundesministern Erhard und Niklas nicht noch ein weiterer Referent über die Wirtschaftspolitik sprechen solle. Es wurde beschlossen, ein Korreferat von Kiesinger ins Programm aufzunehmen und Frau Rehling zur Kulturpolitik sprechen zu lassen. An Stelle von Gerstenmaier sollte Robert Tillmanns das Referat halten.⁷⁰

Daraufhin wandten sich die Landesvorsitzenden der Besetzung des Bundesvorstands zu. Wie Heinrich Lünendonk erklärte, gäbe es doch gar keinen Zweifel, dass nur Konrad Adenauer als Parteivorsitzender in Frage komme. Diesem Vorschlag stimmte die Konferenz zu. Danach gab Zimmer einen schematischen Überblick über die Verteilung der Vorstandsmitglieder auf die einzelnen Landesverbände entsprechend der Wahlerfolge und Mitgliederzahlen. Demnach erhielten Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein ein Vorstandsmitglied und einen Stellvertreter. Auch auf Hannover,

68 Vgl. Protokoll der Sitzung des vorbereitenden Ausschusses am 6. Oktober 1950, in: ACDP 07-001-3205.

69 Vgl. Die Unionsparteien 1946–1950, S. 734–736.

70 Vgl. ebd., S. 736–739.

Braunschweig und Oldenburg entfielen ein Vorstandsmitglied und ein Stellvertreter. Rheinland-Pfalz, Hessen und der Südwesten würden je ein Vorstandsmitglied und einen Stellvertreter erhalten. Für Nordrhein-Westfalen sei neben Adenauer noch ein weiteres Vorstandsmitglied, ein Stellvertreter und Schatzmeister Bach vorgesehen. Auf Vorschlag von Ernst Bach wurde nun Jakob Kaiser zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt. Die Forderung von Linus Kather nach einem eigenen Vertreter der Vertriebenenverbände im Parteivorstand wurde von Heinrich Krone zurückgewiesen. Schließlich vertrete auch Kaiser nicht nur Berlin, sondern zudem die Sozialausschüsse und die SBZ.⁷¹

Der Bundeskanzler, der die Konferenz mittlerweile verlassen hatte, kehrte jetzt zurück und griff die Frage nach den Referenten zur Wirtschaftspolitik wieder auf. Er berichtete über sein Gespräch mit Erhard, der unbedingt auf dem Parteitag sprechen wolle. Daraufhin wurde die Rednerliste zum Thema Wirtschaftspolitik genehmigt. Weiter beschlossen die Landesvorsitzenden, Kather zum Vertriebenenproblem sprechen zu lassen. Für das Thema „Deutschland und der deutsche Osten“ wurde noch ein evangelischer Vertriebener benannt. Als die Konferenzteilnehmer wieder zu den Personalfragen zurückkehrten, schlug Anton Hilbert Kurt Georg Kiesinger als stellvertretenden Parteivorsitzenden vor. Hugo Scharnberg unterstützte diesen Vorstoß und sprach sich für Kiesinger und Holzapfel aus. Adenauer, der sich zunächst für seine Nominierung bedankte, wies auf seine große Belastung als Bundeskanzler hin. Er brauche deshalb „eine junge frische Kraft“ an seiner Seite. Holzapfel habe sich „zu sehr von der Arbeit der Partei distanziert.“ Es müsse eine Frau im engeren Vorstand mitarbeiten, und die Jugend werde durch Kiesinger vertreten. Er könne „gleichzeitig Vorstandsmitglied und Hauptgeschäftsführer werden.“ Als Frauenvertreterin sei Margarete Gröwel „sehr geeignet“. Daraufhin warf Bach ein, die norddeutschen Landesverbände hätten sich bereits auf Holzapfel geeinigt. Wer fungiere als Hauptgeschäftsführer, wenn Kiesinger und Holzapfel stellvertretende Parteivorsitzende würden, fragte Adenauer zurück. Es müsse auf die konfessionelle Parität geachtet werden. Lünendonk unterstützte dieses Argument und schlug vor, vier Stellvertreter zu wählen.

71 Vgl. ebd., S. 739f. An der Wahl von Jakob Kaiser zum stellvertretenden CDU-Vorsitzenden führte kaum ein Weg vorbei: Als CDU-Gründer und ehemaliger Vorsitzender der CDU in der SBZ sowie als Minister für gesamtdeutsche Fragen, Vorsitzender der Sozialausschüsse der Union und der Exil-CDU gehörte er zu den prominentesten Köpfen der Union. Allerdings war Kaiser, der Repräsentant des linken CDU-Flügels, in vielen politischen Fragen ein Gegenspieler Adenauers. Besonders in der Saarfrage und in der Europapolitik vertrat er eine ganz andere Auffassung als der Bundeskanzler. Vgl. Christian Hacke: Jakob Kaiser, in: Torsten Oppland (Hg.): Deutsche Politiker 1949–1969. Bd. 1. Darmstadt 1999, S. 55–57.

Hessen sei sowohl für Kiesinger wie für Holzapfel. Bei zwei geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern sei es schwierig, die Kompetenzen abzugrenzen, gab Krone zu bedenken. Bach sprach sich gegen einen Hauptgeschäftsführer aus, der zugleich stellvertretender Parteivorsitzender sei. Der Geschäftsführer „müsse sich der Organisation widmen“. Da auf ihn selbst nicht zu zählen sei, so Adenauer, brauche er eine echte Entlastung – eben einen politischen Generalsekretär. Dieser solle auch sein Stellvertreter sein. Bach erklärte, nach dem Parteistatut werde der Bundesgeschäftsführer vom Vorstand bestellt. Dann solle einer der vorgeschlagenen Herren Stellvertreter werden und der andere Generalsekretär, warf nun Johannes Albers ein. Diesem Vorschlag schloss sich Bach an. Es könnten dann statt drei nur zwei stellvertretende Parteivorsitzende gewählt werden. Der Generalsekretär müsse „seine ganze Kraft der Partei zur Verfügung stellen“, erklärte Adenauer. Holzapfel sei aber durch seinen Privatberuf „zu sehr in Anspruch genommen“. Von Zimmer wurde nun vorgeschlagen, das Parteistatut dahingehend zu ändern, dass der Parteitag nur den Parteivorsitzenden und zwei Stellvertreter wählen solle. Der Parteiausschuss solle dann die übrigen Vorstandsmitglieder, den Schatzmeister und den Generalsekretär wählen. Als stellvertretende Vorsitzende wurden daraufhin Kaiser und Holzapfel nominiert. Das Amt des Generalsekretärs sollte Kiesinger und das des Schatzmeisters Bach übernehmen.⁷²

In einer längeren Diskussion wurden dann die übrigen Vorstandsmitglieder benannt. Statt der ursprünglich vorgesehenen sieben nominierten die Landesvorsitzenden zehn Vorstandsmitglieder. Das Parteistatut wurde dementsprechend geändert. Der Parteitag wählte jetzt nur noch zwei stellvertretende Parteivorsitzende. Vom Parteiausschuss sollten ein geschäftsführender Generalsekretär, der Schatzmeister und zehn weitere Vorstandsmitglieder gewählt werden. Das Statut sollte endgültig durch die Landesvorsitzenden am 20. Oktober 1950 verabschiedet werden. Schließlich beschloss die Konferenz noch, dass Heinrich von Brentano, Ernst Bach und Georg Strickrodt als permanentes Komitee für den Parteitag verantwortlich sein sollten.⁷³

72 Die Unionsparteien 1946–1950, S. 741–744. Zur Diskussion um Kiesinger und das Amt des Bundesgeschäftsführers siehe auch Kurt Georg Kiesinger: *Dunkle und helle Jahre. Erinnerungen 1904–1958*. Stuttgart 1989, S. 402f.

73 Vgl. Die Unionsparteien 1946–1950, S. 745f. Als Vorstandsmitglieder wurden nominiert: für Hessen Werner Hilpert als Mitglied und Heinrich Lünendonk als Vertreter; für Württemberg als Mitglied Wilhelm Simpfendörfer und als Vertreter Rudolf Vogel; Anton Hilbert als Mitglied und Anton Dichtel als Vertreter für Baden; für Rheinland-Pfalz Alois Zimmer als Mitglied sowie als Vertreter ein Protestant; Georg Strickrodt als Mitglied und Adolf Cillien als Vertreter für Niedersachsen. Weil Nordrhein-Westfalen schon den Parteivorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden stellte, wurde mit Johannes Albers nur noch ein Vertreter benannt. Berlin sollte durch Walther Schreiber als Mitglied und Heinrich Krone als Vertreter repräsentiert werden. Hamburg, Schleswig-Holstein und Bre-

Die Ergebnisse der Konferenz vom 13. Oktober 1950 – insbesondere die Personalentscheidungen – stellten Zimmer nicht zufrieden. Bereits einen Tag später schrieb er dem Bundeskanzler, er habe wegen der gestrigen Beschlüsse „erhebliche Bedenken“. Von den 15 Vorstandsmitgliedern seien acht Mitglieder der Bundestagsfraktion – darunter der Parteivorsitzende, seine Stellvertreter und der Generalsekretär. Er sehe darin „eine Gefährdung der wahren Aufgabe des Bundespartei Vorstandes“. Auch beim Parteiausschuss bestehe die Gefahr, dass „die Bundestagsfraktion zu stark zur Geltung“ komme. Aus ideellen Gründen sei er außerdem nicht mit einem Gehalt für den Generalsekretär einverstanden. Kiesinger sei schließlich Bundestagsabgeordneter. Er habe diese Bedenken gestern nicht geäußert, weil das Ergebnis der Konferenz „im Ganzen nicht schlecht und besser als gar keines“ sei.⁷⁴

Auch der Bundeskanzler war mit den getroffenen Beschlüssen nicht ganz einverstanden und kritisierte die große Zahl von Bundestagsabgeordneten im Parteivorstand. Er wunderte sich, dass ausgerechnet der Fraktionsvorsitzende von Brentano nicht nominiert worden sei. Dessen Anwesenheit sei aber unbedingt erforderlich. Die Bedenken hinsichtlich der Bezahlung des Generalsekretärs teilte er hingegen nicht. Wie Adenauer Zimmer weiter mitteilte, sei Dörpinghaus über die Personalentscheidungen sehr verstimmt.⁷⁵

Tatsächlich bewarb sich Bruno Dörpinghaus für das Amt des Bundeschatzmeisters der CDU, was bei Ernst Bach zu großer Beunruhigung führte. Adenauer habe doch ihn gebeten, dieses Amt zu übernehmen, schrieb er dem Bundeskanzler. Außerdem sei er einstimmig gewählt worden. Das Amt des Schatzmeisters könne nur eine ehrenamtliche Aufgabe sein und bei einer Wahl von Dörpinghaus würde sich außerdem die konfessionelle Verteilung im Parteivorstand zugunsten der Katholiken verschieben. Adenauer möge ihm bitte umgehend mitteilen, ob er noch sein Vertrauen habe oder ob ihm Dörpinghaus als Schatzmeister lieber sei.⁷⁶

Die Klärung der noch offenen Fragen und die abschließende Beratung des Parteistatuts erfolgten erst am Vorabend des ersten Bundesparteitages auf der Konferenz der Landesvorsitzenden am 20. Oktober 1950 in Goslar.

men durch Ewald Samsche als Mitglied und Carl Schröter als Vertreter. Für die Frauen wurde als Mitglied Margarete Gröwel nominiert und Anne Marie Heiler als Vertreterin. Josef Hermann Dufhues wurde für die Jungen Union als Mitglied benannt. Ein Vertreter war nicht vorgesehen. Die Vertriebenen sollten durch Linus Kather als Mitglied und Hermann Eplée als Vertreter repräsentiert werden. Zum endgültigen Programm des ersten Bundesparteitages vgl. Union in Deutschland, Nr. 80, 14. Oktober 1950 sowie Einladung zum ersten Bundesparteitag, in: ACDP 01-009-010/1.

74 Brief von Zimmer an Adenauer vom 14. Oktober 1950, in: StBKAH 10.04.

75 Vgl. Brief von Adenauer an Zimmer vom 18. Oktober 1950, ebd.

76 Vgl. Brief von Bach an Adenauer vom 17. Oktober 1950, in: StBKAH 11.03.

Nach der Begrüßung durch Adenauer machte Zimmer einige Ausführungen zum Verhalten der Delegierten: Da Goslar in der Nähe der Zonengrenze liege, sei bei Gesprächen Vorsicht geboten und es solle unbedingt auf die Disziplin geachtet werden. Er ging dann auf das Statut ein und empfahl den Landesvorsitzenden, den jüngsten Änderungen zuzustimmen. Für den Parteivorstand seien Adenauer als Vorsitzender und Kaiser sowie Holzapfel als Stellvertreter nominiert worden. Generalsekretär und geschäftsführendes Vorstandsmitglied solle Kiesinger werden und Bach Schatzmeister. Bei den übrigen Vorstandsmitgliedern sei es noch zu kleinen Änderungen gekommen: Bei Baden sei nun Dichtel das Vorstandsmitglied und Hilbert der Vertreter. Ebenso hätten Schröter und Samsche bei Hamburg, Schleswig-Holstein und Bremen die Plätze getauscht. Zusätzlich sollte noch der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag in den Vorstand aufgenommen werden. Der bisherige Generalsekretär Dörpinghaus werde weiterhin die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU leiten sowie Sonderaufträge des Parteivorstands erhalten. Adenauer würdigte die Arbeit von Dörpinghaus ausdrücklich. Auf seine Bitte hin nahmen die Teilnehmer der Konferenz das vorliegende Statut an.⁷⁷ Auf die Frage von Johannes Albers, ob die beiden stellvertretenden Parteivorsitzenden gleichberechtigt seien, erwiderte Adenauer, aus konfessionellen Gründen sollte zunächst Holzapfel und dann Kaiser genannt werden. Mit dieser Regelung waren auch Kaiser und Holzapfel einverstanden. Nach längerer Debatte verständigten sich die Landesvorsitzenden auf die übrigen Vorstandsmitglieder.⁷⁸

Danach wurden die Mitglieder des Präsidiums des Parteitages nominiert: Adolf Cillien, Ernst Lemmer, Alois Zimmer, Otto Fricke und Paula Doell. Der ebenfalls genannte Johannes Gronowski lehnte wegen seiner Schwerhörigkeit ab. Außerdem wurde eine Redaktionskommission eingesetzt, der Heinrich von Brentano, Ernst Bach, Georg Strickrodt, Adolf Süsterhenn und Robert Tillmanns angehörten. Zum Schluss erläuterte Zimmer noch die Arbeit der eingerichteten Arbeitskreise. In ihnen sollten jene Debatten stattfinden, die im Plenum aus Zeitmangel nicht geführt werden könnten. Außerdem sollten sie

77 Vgl. Die Unionsparteien 1946–1950, S. 748f.

78 Das Ergebnis der Diskussion sah folgendermaßen aus: Anton Dichtel als Mitglied und Fridolin Heurich als Vertreter; Margarete Gröwel als Mitglied und Anne Marie Heiler als Vertreterin; Werner Hilpert als Mitglied und Heinrich Lünendonk als Vertreter; Linus Kather als Mitglied und Oskar Wackerzapp als Vertreter; Ernst Majonica als Mitglied für die Junge Union und Johannes Albers als Vertreter; Walther Schreiber als Mitglied und Robert Tillmanns als Vertreter; Carl Schröter als Mitglied und Ewald Samsche als Vertreter; Wilhelm Simpfendorfer als Mitglied und Rudolf Vogel als Vertreter; Georg Strickrodt als Mitglied und Adolf Cillien als Vertreter; Alois Zimmer als Mitglied und ein noch zu benennender Vertreter sowie Kurt Georg Kiesinger und Heinrich von Brentano als Mitglieder. Vgl. ebd., S. 749f.

die Bildung der Bundesfachausschüsse vorbereiten und bei der Formulierung der Schlussresolution des Parteitages mithelfen. Bevor dann die Vorsitzenden der 15 Landesverbände der CDU einschließlich Berlins sowie der Exil-CDU und der Vereinigung für die Mitglieder aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße einzeln das Parteistatut unterzeichneten, dankte Adenauer ausdrücklich Alois Zimmer für die geleistete Arbeit.⁷⁹

Bevor nun der Parteitag geschildert wird, sollen zuerst die Bedingungen beschrieben werden, unter denen die Tagung in Goslar stattfand.

Goslar und der erste Bundesparteitag der CDU

Die Stadt hatte sich für die Tagung extra herausgeputzt. Vor den öffentlichen Gebäuden waren Fahnen aufgezo-gen. Auf dem Weg vom Bahnhof zum nahe gelegenen Hotel Achtermann, in dem das Tagungsbüro untergebracht war, wehten die Fahnen der deutschen Länder sowie der Länder in der DDR und der ehemaligen preußischen Provinzen jenseits von Oder und Neiße.⁸⁰ Die Delegierten waren nach Landesverbänden getrennt in verschiedenen Hotels in Goslar, Hahnenklee, Bad Harzburg und Oker untergebracht. Die Veranstaltungen des Parteitages fanden alle im Odeon-Theater in Goslar statt.⁸¹ Der 1899 unter dem Namen „Röttgers Kaisersaal“ eingeweihte Theaterbau war erst von 1947 bis 1949 umfassend renoviert worden.⁸² Die Bühne des Odeon-Theaters zierte in goldener Schrift das Motto des Parteitages „Einigkeit und Recht und Freiheit“. Darüber war noch ein großes grün-weißes „Europa-E“ angebracht.⁸³ Zusammen mit den Tagungsunterlagen erhielt jeder Delegierte einen Stadtplan von Goslar sowie eine Broschüre, in der die wichtigsten Sehenswürdigkeiten vorgestellt wurden. Außerdem wurden extra für den Parteitag am Samstag, Sonntag und Montag Stadtführungen zum Preis von 50 Pfennig angeboten. Für alle Delegierten, die noch am Montag in Goslar bleiben konnten, fanden kleine bzw. große Harzrundfahrten für drei bzw. fünf DM statt. Außerdem stand noch eine Fahrt zum Steinberg mit Blick auf Goslar und einem Nachmittagskaffee für eine DM auf dem Programm.⁸⁴ Die führenden CDU-Politiker wurden von der Stadt Goslar am Sonntagmittag zu einem offiziellen Empfang in den Huldigungssaal des Rathauses eingeladen. Nach

79 Vgl. ebd., S. 751f.

80 Vgl. Christlich-Demokratische Union Deutschlands (Hg.): Erster Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Goslar, 20.–22. Oktober 1950. Bonn 1950, S. 9.

81 Vgl. Einladungsheft zum ersten Bundesparteitag, in: ACDP 01-009-010/1.

82 Vgl. www.odeon-theater.de/theater/geschichte (Zugriff: 17. Dezember 2010).

83 Vgl. CDU (Hg.): Erster Parteitag, S. 9.

84 Vgl. die Tagungsunterlagen von Bruno Dörpinghaus, in: ACDP 01-009-010/1.

der Begrüßung durch Oberbürgermeister Pfaffendorf stellte Archivdirektor Bruchmann die Geschichte Goslars vor und zeigte einige Prunkstücke aus dem städtischen Archiv.⁸⁵

Der erste Bundesparteitag der CDU: Freitag, 20. Oktober 1950

Bei der offiziellen Eröffnung des Parteitages am 20. Oktober 1950 war das Odeon-Theater mit 386 Delegierten und rund 600 Gästen bis auf den letzten Platz gefüllt. Adolf Cillien, der Vorsitzende der CDU in Niedersachsen, begrüßte die Delegierten und Gäste und grüßte die „Brüder und Schwestern dort in Mitteldeutschland“ aus Goslar, „nahe der blutenden Wunde Deutschlands“. Die Wahl Goslars sei auch Beleg dafür, dass „das Schicksal der Vertriebenen und die Not der in ihrer Arbeit gefährdeten von uns nicht vergessen wird“. Ausdrücklich hieß Cillien die Vertreter verschiedener christdemokratischer Parteien aus den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Italien, der Schweiz und Österreich sowie die Parteifreunde der CSU aus Bayern herzlich willkommen. Weiter begrüßte er die Bundesminister Storch, Erhard, Lukaschek, Lehr, Kaiser und Niklas sowie die Ministerpräsidenten Arnold, Altmeier und Bartram. Auf die Begrüßung von Bundeskanzler Adenauer folgte „stürmischer, lang anhaltender Beifall“. Abschließend forderte Cillien die Delegierten auf, die dritte Strophe des Deutschlandliedes anzustimmen.⁸⁶ Dies war keineswegs selbstverständlich, da die Bundesrepublik Deutschland 1950 noch keine Nationalhymne hatte. Erst im April/Mai 1952 verständigten sich Bundeskanzler Adenauer und Bundespräsident Heuss darauf, das Deutschlandlied von Hoffmann von Fallersleben zur Nationalhymne zu erklären.⁸⁷

In der Eröffnungsansprache zum Thema „Deutschlands Stellung und Aufgabe in der Welt“ erklärte Adenauer, die jetzige Situation sei gekennzeichnet durch den Antagonismus zwischen Sowjetrussland und seinen Satellitenstaaten einerseits und den USA mit ihren Verbündeten andererseits. Dazwischen liege die Bundesrepublik Deutschland. Angesichts der drohenden Kriegsgefahr müsse es für jeden Deutschen eine Erleichterung sein, dass die Westmächte ihre Truppen in Deutschland verstärken würden. Deutschland müsse einen Damm gegen das Einsickern sowjetrussischer Ideen aufrichten und die Menschheit darüber aufklären, was jenseits des Eisernen Vorhangs vor sich gehe. Das christliche Gedankengut der CDU sei eine große Hilfe beim Kampf gegen den „Bolschewismus“. Zu einem möglichen deutschen Beitrag

85 Vgl. Goslarsche Zeitung, 23. Oktober 1950.

86 CDU (Hg.): Erster Parteitag, S. 9–11.

87 Vgl. Hans Hattenhauer: Deutsche Nationalsymbole. Geschichte und Bedeutung. 4. Aufl. München 2006, S. 103f.

zur Verteidigung Europas erklärte Adenauer, dass er für „die Beteiligung eines deutschen Kontingents in einer europäischen Armee sei“. Durch seine Behauptungen, die Bundesregierung betreibe die Remilitarisierung Deutschlands mit allen Mitteln, habe Pastor Martin Niemöller dem deutschen Volke schwersten Schaden zugefügt.⁸⁸ Es könne doch nicht der Wille Gottes sein, „unser Vaterland und Westeuropa der Herrschaft des antichristlichen Bolschewismus“ tatenlos zu überlassen. Er sei der festen Überzeugung, so der Kanzler, dass es keinen neuen Krieg geben werde, wenn Russland eine gleichwertige Macht gegenüberstehe. Zum Schluss bekannte sich Adenauer noch zum großen Ziel der „Wiederherstellung der Einheit Deutschlands“, die man auch erreichen werde.⁸⁹

Der erste Bundesparteitag der CDU: Samstag, 21. Oktober 1950

Der zweite Tag in Goslar begann mit der Verabschiedung des neuen Parteistatuts. In einer kurzen Ansprache erklärte Konrad Adenauer, die Landesvorsitzenden wollten das Statut von den Delegierten genehmigen lassen. Mit dem Statut trete „nunmehr die Christlich-Demokratische Union Deutschlands ins Leben“. Das enge Verhältnis zur CSU, zu der „kein Unterschied“ bestehe, bleibe natürlich erhalten. Heute zeige sich außerdem, dass in der CDU die beiden christliche Bekenntnisse Deutschlands „Hand in Hand gehen und arbeiten“ würden.⁹⁰ Durch Aufstehen von den Sitzen wurde das Parteistatut danach von den Delegierten mit „großer Geschlossenheit und Einmütigkeit“ angenommen.⁹¹ Anschließend fand die Wahl des Parteivorsitzenden und der Stellvertreter statt. Einzige Kandidaten für diese Ämter waren Konrad Adenauer, Friedrich Holzapfel und Jakob Kaiser. Wie Zimmer erklärte, würden sie mit gutem Gewissen als oberste Spitze der CDU vorgeschlagen. Ergänzend fügte Bach hinzu, dass mit Kurt Georg Kiesinger als geschäftsführendem Vorstandsmitglied auch Süddeutschland in der Parteispitze vertreten sei.

Bei den Vorstandswahlen erhielt Adenauer 302 von 335 Stimmen. Friedrich Holzapfel wurde mit 297 von 342 Stimmen gewählt und auf Jakob Kaiser entfielen 304 von 336 Stimmen.⁹²

88 Kurz vor dem Goslarer Parteitag hatte sich Niemöller mit dem Vorsitzenden der SPD, Kurt Schumacher, getroffen. In einer Stellungnahme hatten sie der Bundesregierung das Recht abgesprochen, über eine mögliche Wiederbewaffnung zu entscheiden. Vgl. Torsten Oppeland: Adenauers Kritiker aus dem Protestantismus, in: Ulrich von Hehl (Hg.): Adenauer und die Kirchen (Rhöndorfer Gespräche 17). Bonn 1999, S. 137f.

89 CDU (Hg.): Erster Parteitag, S. 11–21.

90 Ebd., S. 22.

91 Vgl. ebd., S. 23.

92 Vgl. ebd., S. 23f.

Mit der Rede von Professor Hans Erich Stier über „Den geschichtlichen Auftrag der CDU“ begann danach die eigentliche „Arbeitstagung“.⁹³ Stier stellte dem sowjetischen Kommunismus mit seiner Nichtachtung der Person die christlich-abendländische Kultur gegenüber, bei der das Individuum im Mittelpunkt stehe. Die Staatsform dieser Kultur sei die Demokratie. Während sich die CDU rückhaltlos zur Demokratie bekenne, schein dies bei der SPD nicht unbedingt der Fall zu sein, da sie für die Planwirtschaft eintrete. Wer aber im wirtschaftlichen Sektor die Allmacht des Staates predige, werde vor dem politischen Sektor nicht haltmachen. Außerdem bekenne sich die SPD nach wie vor zur Revolution. Revolution und Christentum seien aber Gegensätze. Deshalb wandte er sich gegen jede Koalition mit der SPD. Die CDU vereine der feste Glaube, dass allein der Abfall von Gott das deutsche Volk ins Unglück gestürzt habe. Sie sei weder eine Standes- noch eine Wirtschaftspartei, sondern eine Partei der Menschen. Sie sei dazu geeignet, ein Bollwerk gegen den Bolschewismus aufzurichten. Das größte Problem der CDU sei zurzeit ihre gefährliche Selbstüberschätzung. Sie müsse sich bemühen, mit einer Stimme sprechen.⁹⁴

In seinem Korreferat versuchte nun Kurt Georg Kiesinger, die „Theorie“ von Stier in die praktische Politik zu übertragen. Seit ihrer Gründung im Jahre 1945 habe die CDU vom deutschen Volk immer wieder ein Mandat zum Aufbau eines demokratischen Staates auf christlichen Grundsätzen erhalten. Außerdem habe sie die Aufgabe, dass das deutsche Volk sich mit seiner ganzen Kraft gegen die bolschewistische Gefahr aus dem Osten zur Wehr setze. Deshalb müsse die CDU einen Staat aufbauen, der sowohl demokratisch sei als auch die heutigen Probleme bewältigen könne. Als neue Partei, in der alle Stände, alle Konfessionen und alle Interessengruppen vereint sind, habe sie aber die nötige Energie dazu. Er sei der festen Überzeugung, dass die CDU das Vertrauen des deutschen Volkes auch in Zukunft behalten werde.⁹⁵

In der folgenden Mittagspause fand die erste Sitzung des Parteiausschusses statt. Adenauer berichtete zunächst über die Aufstellung der Vorstandsliste durch die Landesvorsitzenden. Eine heftige Diskussion entzündete sich sogleich an der Personalie Kiesinger. Ferdinand Friedensburg bat um eine Vertagung der Wahl, weil Berlin „erhebliche Bedenken“ gegen Kiesinger habe. Wenn er damit auf dessen Vergangenheit anspiele, entgegnete Adenauer, so halte er diese Bedenken nicht für stichhaltig. Kiesinger sei auf Drängen kirch-

93 Siehe zu Stier den biographischen Artikel von Jörg-Dieter Gauger: Hans Erich Stier (1902–1979). Althistoriker, Mitgründer der CDU, Kulturpolitiker, in: Historisch-Politische Mitteilungen 14 (2007), S. 187–212.

94 Vgl. CDU (Hg.): Erster Parteitag, S. 25–41.

95 Vgl. ebd., S. 42–44 sowie Kiesinger: Dunkle und helle Jahre, S. 402f.

licher Stellen in die NSDAP eingetreten. Später habe er „unter Gefährdung seiner eigenen Sicherheit zahlreiche Menschen vor dem Gefängnis und dem Konzentrationslager, viele sogar vor der Hinrichtung bewahrt“. Von Brentano pflichtete dem Bundeskanzler bei. Kiesinger könne „unersetzliche Dienste für die Partei leisten“. Franz Etzel sprach sich ebenfalls für Kiesinger aus, der „eine der fundiertesten Persönlichkeiten der Fraktion“ sei. Dagegen wandte Johann Baptist Gradl ein, in seinem Amt würde Kiesinger „der allererste politische Repräsentant der Partei“ sein. Deshalb müsse der Eindruck im Ausland und in der Sowjetzone bedacht werden. Das sei doch nicht entscheidend, entgegnete Adenauer. Kiesinger solle in die Partei hinein wirken. Für die Repräsentation nach außen seien er und seine Stellvertreter zuständig. Für den guten Ruf Kiesingers spreche doch, dass er bei der Wahl des Bundestagspräsidenten 55 Stimmen erhalten habe, ohne zu kandidieren. Wenn man die Wahl jetzt vertage, sei man beim nächsten Mal auch nicht klüger. Trotzdem hielt Gradl an seinem Antrag fest. In der folgenden Abstimmung sprach sich die Mehrheit gegen eine Vertagung aus. Allerdings erhielt Kiesinger bei der Wahl zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied nur eine sehr knappe Mehrheit.⁹⁶ Adenauer nannte dieses Ergebnis „unerfreulich“ und schlug vor, eine Kommission aus Zimmer, von Brentano, Schröter, Friedensburg, Gradl und Kiesinger zu bilden, die bis zum nächsten Tag das „Ergebnis aus der Welt“ schaffen solle.

Nachdem noch einige Namen ausgetauscht worden waren, wurden die Vorstandsmitglieder in einem Wahlgang gewählt.⁹⁷ Mit einem großen Lob für die vorbildliche Arbeit von Zimmer und einem Hinweis auf die Verdienste von Dörpinghaus schloss Adenauer dann die Sitzung.⁹⁸

96 Kiesinger erhielt im Parteiausschuss 39 Stimmen, bei 18 Gegenstimmen, 16 Enthaltungen und zwei ungültigen Stimmen sowie einer Stimme für Ernst Lemmer. Vgl. Protokoll der Sitzung des Parteiausschusses am 21. Oktober 1950, in: ACDP 07-001-019/1. Siehe dazu auch Philipp Gassert: Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Stuttgart 2006, S. 248–251.

97 Der erste Parteivorstand der CDU bestand aus Ernst Bach als Schatzmeister, Anton Dichtel als Vorstandsmitglied für Südbaden und Fridolin Heurich als Vertreter für Nordbaden; Margarete Gröwel als Vorstandsmitglied und Anne Marie Heiler als Vertreterin für die Frauen; Werner Hilpert als Vorstandsmitglied und Heinrich Lünendonk als Vertreter für Hessen; für die Vertriebenen Linus Kather als Mitglied und Oskar Wackerzapp als Vertreter; Kurt Georg Kiesinger für Württemberg; Ernst Majonica als Vorstandsmitglied für die Junge Union und Johannes Albers als Vertreter; Wilhelm Simpfendorfer als Mitglied und Albert Sauer als Vertreter für Württemberg; für Berlin Walther Schreiber als Mitglied und Robert Tillmanns als Vertreter; Carl Schröter für Schleswig-Holstein als Mitglied und Ewald Samsche für Hamburg als Vertreter; Georg Strickrodt als Mitglied und Adolf Cillien als Vertreter für Niedersachsen; für Rheinland-Pfalz Alois Zimmer als Mitglied und Adolf Süsterhenn als Vertreter sowie Heinrich von Brentano für die Bundestagsfraktion.

98 Protokoll der Sitzung des Parteiausschusses am 21. Oktober 1950, in: ACDP 07-001-019/1.

Das erste Referat der Nachmittagssitzung wurde von der Staatssekretärin aus Rheinland-Pfalz, Mathilde Gantenberg, über den kulturpolitischen Auftrag der CDU gehalten. Die Kulturpolitik sei „das Herzstück der CDU-Arbeit überhaupt“. Im Augenblick finde eine Auseinandersetzung darüber statt, ob der Mensch nur eine Zahl, ein anonymes Rädchen sei oder ob er ein Individuum, ein lebendiges Glied sei. Die CDU habe dabei die Aufgabe, „das Bewußtsein von dem echten Menschenwesen lebendig zu machen“. Zu ihren Grundsätzen zähle vor allem das Recht der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder. Daraus leitete Gantenberg Forderungen zur Reform des Schulwesens ab. Sie warnte davor, aufgrund der aktuellen Not bei der Kultur zu sparen. Faschismus und Bolschewismus setzten für Erziehung, Wissenschaft und Kunst „erhebliche Summen“ ein.⁹⁹

Ebenfalls zur Kulturpolitik der CDU sprach im Anschluss der hessische Kultusminister Erwin Stein. Auch er sah die freie Welt und die demokratische Lebensweise in Gefahr. Trotz vieler Zeichen des Zerfalls gebe es seit der Währungsreform von 1948 doch Grund zum Optimismus. Die wichtigste kulturelle Aufgabe der CDU müssten die Volksbildung und die Jugenderziehung sein, da beide über Geist und Seele der Menschen entscheiden würden. Die CDU trete dafür ein, das Erziehungswesen föderal zu gestalten. Ihre Bemühungen, die Säkularisierung aller Lebensbereiche zu überwinden, seien aber angesichts der modernen Presse-, Rundfunk- und Filmlandschaft zum Scheitern verurteilt. Der „Schmutz und Schund“ in den Medien könne nur durch die Schärfung des Gewissens bekämpft werden. Es sei jetzt notwendig, den eigenen Lebensstil einer Generalrevision zu unterziehen. Je untadeliger das Verhalten der CDU, um so eher werde sie die Jugend und die Wähler für sich gewinnen.¹⁰⁰

Schließlich widmete sich noch die Bundestagsabgeordnete Luise Rehling, unter besonderer Berücksichtigung der Familie, der Kulturpolitik. Sie betonte, die Familie sei für die CDU „der Grundpfeiler der menschlichen Gemeinschaft“. Wer Ehe und Familie nicht mehr als „Schöpfungsordnung Gottes“ betrachte, trage zu ihrem Verfall bei. Indizien für den Verfall der Familie seien die große Zahl der Ehescheidungen und unehelichen Geburten sowie das „unheimliche Anschwellen der Geschlechtskrankheiten“. Jedes Parteimitglied könne durch ein vorbildliches Familienleben dazu beitragen, der Familie „als Urzelle des staatlichen Organismus“ die innere Unabhängigkeit zurückzugeben.¹⁰¹

99 CDU (Hg.): Erster Parteitag, S. 50–56.

100 Vgl. ebd., S. 57–65.

101 Ebd., S. 65–68.

Über „Die junge Generation“ sprach am Nachmittag dann der Vorsitzende der Jungen Union, Josef Hermann Dufhues. Trotz aller Bemühungen stehe die junge Generation dem Staat und den politischen Parteien insgesamt skeptisch gegenüber. Grund dafür seien die Erlebnisse während der NS-Zeit. Um dies zu verändern, müsse zuerst die Not der Jugend überwunden werden. Neben Sofortmaßnahmen forderte Dufhues die Einrichtung eines Bundesjugendwerkes, um die Probleme der Jugend zu studieren und Hilfsmaßnahmen zu koordinieren. Im Namen der Jungen Union forderte er außerdem den Aufbau einer Konrad-Adenauer-Bildungsstätte. Seit ihrer Gründung setze sich die Junge Union für die Verständigung in Europa ein – auch über den Eisernen Vorhang hinweg. Europa sei die große Aufgabe und das Ziel der Jugend. Das freie und geeinte Europa sei in den Herzen der Jugend schon jetzt lebendig.¹⁰²

Als letzter Referent trug um 20.00 Uhr noch der Vorsitzende der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Heinrich von Brentano, seine Gedanken über den „europäischen Auftrag der CDU“ vor. Dabei ging es ihm um den Beitrag der Christlichen Demokraten zur politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Europas. Eine unerlässliche Voraussetzung für die Errichtung des neuen Europas sei die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. Deshalb wolle man sich an der Arbeit des Europarates beteiligen und „Mitverantwortung für die Gestaltung Europas übernehmen“. Der beste Beitrag „zur Erhaltung des Friedens in Europa und der Welt“ sei dabei der Wiederaufbau Deutschlands. Die CDU wolle in das neue Europa „ein neues Deutschland einbringen“. Dieses neue Europa solle geprägt sein durch soziale Gerechtigkeit, die menschliche Freiheit und lebendiges Christentum.¹⁰³

Der erste Bundesparteitag der CDU: Sonntag, 22. Oktober 1950

Am Sonntag sah das Programm zunächst Gottesdienste vor – getrennt für evangelische und katholische Christen. Danach eröffnete der Präsident des Landtags von Nordrhein-Westfalen, Josef Gockeln, mit seinem Referat „Der soziale Auftrag der CDU“ wieder den Parteitag. Als Christen wolle man nicht nur das eigene Leben christlich gestalten, sondern auch die Zeit und die Geschichte. Die CDU habe die Überzeugung, dass eine aus christlicher Verantwortung gestaltete Lebensordnung jeder anderen überlegen sei. Mit dem Christentum unauflösbar verbunden sei die Freiheit. Deshalb bestehe die soziale Aufgabe der CDU darin, in der Staats- und Sozialordnung die Freiheit zu sichern. Die CDU

102 Vgl. ebd., S. 69–76.

103 Ebd., S. 86–94.

wolle einen starken Staat, der sich gegenüber allen Interessengruppen behaupten könne. Aus der christlichen Auffassung von der Gesellschaft leitete er noch weitere politische Vorgaben ab: z. B. die Förderung der Berufsorganisationen, die Freiheit im Wirtschaftsleben, die Freiheit der Berufswahl und das Recht auf Privateigentum.¹⁰⁴

Über den sozialen Auftrag der CDU referierte auch der Berliner Bundestagsabgeordnete Robert Tillmanns. Die Kriegszerstörungen und die sozialen Verwerfungen seien nur durch eine neue Sozial- und Wirtschaftsordnung zu beheben. Es sei das Anliegen der CDU, eine Sozialordnung zu entwickeln, die die Würde des Menschen auch gegenüber der technisierten Wirtschaft wahre, die das Verantwortungsbewusstsein des Menschen und der Sozialpartner für die Gemeinschaft fördere und soziale Gerechtigkeit anstrebe. Die CDU favorisiere deshalb die Soziale Marktwirtschaft. Im Unterschied zu anderen Wirtschaftsformen werde in ihr die soziale Wohlfahrt bewusst gewollt. Der Staat habe die Aufgabe, bei falschen Entwicklungen regulierend einzugreifen und die Wohlhabenden an die soziale Verpflichtung des Eigentums zu erinnern.¹⁰⁵

Am Ende der Vormittagssitzung ergriff noch der württembergische Minister Wilhelm Simpfendorfer das Wort. Wegen der Angriffe von Pastor Martin Niemöller gegen den Bundeskanzler hätten die evangelischen Delegierten aller Landesverbände gestern eine Erklärung verfasst. Darin werde festgestellt, dass nur eine Politik aus christlicher Verantwortung, die von allen Konfessionen getragen werde, das deutsche Volk „aus den Nöten der Gegenwart herausführen kann“. Wichtigstes Ziel dieser Politik sei „die Wiedervereinigung Deutschlands in einem geeinten Europa“. Der Weg dahin führe nur über die „wirtschaftliche und soziale Gesundung des freien Deutschlands und seine Sicherung.“ Man unterstütze die Politik von Bundeskanzler Adenauer und der Bundesregierung, die allein berechtigt sei, für ganz Deutschland zu sprechen. Die Erklärungen der evangelischen Kirche, insbesondere von Kirchenpräsident Niemöller aus der letzten Zeit, erfüllten die Delegierten mit „tiefer Sorge“.¹⁰⁶

In der anschließenden Mittagspause trat nochmals der Parteiausschuss zusammen, um die am Vortag offen gebliebene Wahl Kiesingers durchzuführen. Friedensburg berichtete über die Beratungen der von Adenauer eingesetzten Kommission. Diese empfehle dem Parteiausschuss, die Liste der zu wählenden Vorstandsmitglieder – inklusive Kiesinger – en bloc zu wählen. Der Vorstand könne Kiesinger ja mit besonderen Aufträgen betrauen. Eine endgültige

104 Vgl. ebd., S. 95–102.

105 Vgl. ebd., S. 102–107.

106 Ebd., S. 112.

Regelung solle bis zur nächsten Sitzung des Parteiausschusses vertagt werden. Wie bisher solle Zimmer die Organisationsarbeiten weiterführen. Zimmer stimmte diesem Vorschlag zu. Kiesinger könne ihm bei der praktischen Arbeit gut helfen. Wie Friedensburg ergänzte, sei der Vorschlag sorgfältig überlegt worden. Es dürften keinesfalls irgendwelche Titel in der Vorstandsliste auftauchen. Wenn alle Vorstandsmitglieder gleich behandelt würden, sei er damit einverstanden, warf Gradl ein. Unwirsch meinte daraufhin Adenauer, Gradl sei doch gestern damit einverstanden gewesen, Kiesinger Sonderaufträge zu übertragen. Bisher sei die Parteiorganisation nur eine Fassade gewesen. Nun müsse intensive Partearbeit geleistet werden. Offenbar sei der Vorstand mit dem Vorschlag der Kommission einverstanden, so Adenauer weiter, und der Vorstand somit gewählt.¹⁰⁷

Nach der Pause sprach der Vorsitzende des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen, Linus Kather, über „Die CDU und das Vertriebenenproblem“. Er dankte der Bundesregierung, dass sie gegen die Vertreibungen protestiert habe. Auch die alliierten Hohen Kommissare hätten sich diesem Protest angeschlossen. Nicht Hass oder Rache sei das Ziel der Heimatvertriebenen, sondern ein freies und vereintes Europa, in dem sie ihre Heimat zurückerhalten könnten. Die Grundforderungen der Vertriebenen seien in der Charta der Heimatvertriebenen vom August diesen Jahres niedergelegt: das Recht auf Heimat, der Verzicht auf Rache, die Bereitschaft zum Aufbau Deutschlands und Europas, die Forderung nach Lastenausgleich und die Gewährung der vollen Gleichberechtigung. Zu der Charta sollte sich auch die CDU bekennen. Es sei ein Fehler gewesen, die Vertriebenen sich selbst zu überlassen, wie man in Schleswig-Holstein sehen könne. Dort sei der Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) bei der Landtagswahl 1950 auf Anhieb in den Landtag eingezogen. Wenn sich an der Lage der Vertriebenen nichts ändere,

107 Vgl. Protokoll der Sitzung des Parteiausschusses am 22. Oktober 1950, in: ACDP 07-001-019/2 sowie Kiesinger: *Dunkle und helle Jahre*, S. 403f. Mit der Entscheidung in Goslar war die Angelegenheit „Kiesinger“ aber nicht endgültig geregelt. Zunächst versuchte Adenauer seinen Kandidaten noch durchzusetzen, indem er den Staatspräsidenten von Württemberg-Hohenzollern, Gebhard Müller, um einen „Persilschein“ für Kiesinger bat. Bei der Sitzung des CDU-Bundesvorstands am 5. Dezember 1950 wurde das Thema „geschäftsführendes Vorstandsmitglied“ dann vom Vorsitzenden der Jungen Union, Ernst Majonica, angesprochen. Nachdem Ernst Bach und Jakob Kaiser darum gebeten hatten, diesen Punkt vorerst zurückzustellen, erklärte Kiesinger, er habe sich nur auf Bitten des Kanzlers zur Verfügung gestellt. Offenbar werde aber von Teilen der Partei und der Presse gegen ihn gearbeitet. Deshalb bitte er darum, von seiner Berufung abzusehen, da er die Angriffe satt habe. Adenauer, der nun einsah, dass er seinen Kandidaten nicht durchbringen konnte, bat darum, es bei der jetzigen Arbeitsverteilung im Bundesvorstand zu belassen. Vgl. Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden“, S. XI–XII und Gassert: Kurt Kiesinger, S. 252–254.

würden sich die Erfolge des BHE fortsetzen. Eindringlich warb Kather deshalb für einen gerechten Lastenausgleich. Als ermutigendes Zeichen wertete er die Tatsache, dass den Vertriebenen im Statut der CDU der Status eines eigenen Landesverbandes zugebilligt worden sei.¹⁰⁸

Mit „besonderer Spannung“ wurde der Vortrag von Ludwig Erhard über „Die CDU und die Wirtschaft“ erwartet.¹⁰⁹ Der Bundeswirtschaftsminister zählte zuerst die Erfolge seiner Politik der Sozialen Marktwirtschaft seit 1948 auf. Die Union habe allen Grund, die Folgerichtigkeit ihrer Wirtschaftspolitik herauszustellen. Sie müsse daran festhalten, den Wettbewerb „mit aller Schärfe zur Entfaltung kommen zu lassen“. Erhard war davon überzeugt, dass sich dann alle Schwierigkeiten lösen würden. Die CDU würde sich selbst preisgeben, falls sie „den Boden der sozialen Marktwirtschaft verlassen würde“. Er warnte davor, bei steigenden Aufwendungen – wie etwa einem deutschen Verteidigungsbeitrag – eine Inflation herbeizuführen. Bei Beibehaltung der Sozialen Marktwirtschaft und einer soliden Finanzpolitik werde die Bundesrepublik zweifellos in der Lage sein, einen Beitrag zur europäischen Verteidigung zu leisten.

An die Ausführungen von Ludwig Erhard schloss sich ein Referat von Bundesminister Wilhelm Niklas zur Landwirtschaftspolitik der CDU an. Durch die Teilung Deutschlands stehe heute viel weniger landwirtschaftliche Nutzfläche zur Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung. Die Folge seien verstärkte Nahrungsmiteleinfuhren. Die im Sinne der europäischen Idee betriebene enge wirtschaftliche Zusammenarbeit bedeute auch für die Landwirtschaft eine Wohlförderung.¹¹⁰

Mit einer öffentlichen Abschlusskundgebung unter dem Motto: „Deutschland und der deutsche Osten“ endete am Sonntagabend der erste Parteitag der CDU. Zu Beginn der Kundgebung wurde eine von den Arbeitskreisen erarbeitete Entschließung angenommen, die mit den Worten beginnt:

„Der 1. Parteitag der CDU Deutschlands hat durch die einmütige Wahl des Parteivorsitzenden und seiner Stellvertreter bewiesen, daß die CDU in den fünf Jahren ihres Bestehens in Ost und West, in Nord und Süd zu einer Einheit zusammengewachsen ist. Uns eint die Überzeugung, daß nur aus christlicher Verantwortung das Leben unseres Volkes und Vaterlandes in demokratischer Ordnung neu gestaltet werden kann.“ Goslar habe gezeigt, dass die CDU geschlossen zusammenstehe. Die Ergebnisse des Parteitages könnten „als Grundlage des zukünftigen Gesamtprogramms der Partei dienen“. In der

108 Vgl. CDU (Hg.): Erster Parteitag, S. 113–124.

109 Vgl. ebd., S. 127–140.

110 Vgl. ebd., S. 140–143.

Entschließung bekennt sich die CDU des Weiteren zu „Gesamtdeutschland als Aufgabe und staatlicher Gestalt“, zu Europa, zum „von Gott gegebenen Recht des Menschen auf seine Heimat“ und zur Sozialen Marktwirtschaft. Nach den Grundsätzen des Marshall-Planes sollen die Volkswirtschaften Europas miteinander verbunden werden. In der Grundstoffversorgung müsse dabei der Schuman-Plan Anwendung finden. Der gegenwärtige Ost-West-Konflikt wird als Kampf zur „Rettung der menschlichen Freiheit vor den Gefahren des totalitären Staatszwanges“ gesehen. Die Kulturpolitik sei deshalb für die CDU „ein wesentlicher Bestandteil ihrer gesamten politischen Arbeit“. Ziel müsse die „Erziehung zum deutschen Menschen und guten Europäer“ sein.¹¹¹

Die Abschlusskundgebung wurde von Bundesminister Jakob Kaiser eröffnet. Er ging zunächst auf die Vertreibungen aus den deutschen Ostgebieten und die Lage in der DDR ein und erinnerte an die Gründung der CDU in Berlin und in der SBZ 1945. Er sei der festen Überzeugung, so der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, dass der Wille der deutschen Bevölkerung, die Zone von der kommunistischen Herrschaft zu befreien, eines Tages Erfolg haben werde. Darüber dürften allerdings die Gebiete jenseits von Oder und Neiße nicht vergessen werden. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker müsse auf ganz Deutschland Anwendung finden. Europa könne ohne ein gleichberechtigtes und wiedervereintes Deutschland nicht befriedet werden. Solange der jetzige Zustand andauere, sei es Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland, den Tag der Rückkehr vorzubereiten und die Kultur des deutschen Ostens im gesamtdeutschen Bewusstsein zu erhalten.¹¹²

Auf die Probleme der Vertriebenen ging anschließend Bundesminister Hans Lukaschek ein. Es sei für ihn eine besondere Freude, dass die CDU an der Hilfe für die Vertriebenen stets an führender Stelle mitgewirkt habe. Der Staat allein werde nie eine vollständige Eingliederung der Vertriebenen erreichen können. Dazu sei er auf die christliche Opferbereitschaft der eingesessenen Bevölkerung angewiesen. Ein gerechter Lastenausgleich könne allerdings einen wichtigen Beitrag zum sozialen Ausgleich leisten.¹¹³

Schließlich sprach noch der Bundestagsabgeordnete Oskar Wackerzapp über die Einstellung der Vertriebenen zur CDU. Die Umsiedlung der Vertriebenen innerhalb des Bundesgebietes müsse vorangetrieben werden. Erst danach könne der Lastenausgleich seine volle Wirkung entfalten. Damit sich die enttäuschten Vertriebenen bis dahin nicht von der CDU abwenden würden, sollten verschiedene Gesetzesvorhaben vordringlich umgesetzt wer-

111 Ebd., S. 147–149.

112 Vgl. ebd., S. 149–154.

113 Vgl. ebd., S. 154–165.

den. Nur Taten könnten einige Kreise der Vertriebenen vom Abgleiten in den Radikalismus bewahren.¹¹⁴

Mit einem Schlusswort des stellvertretenden Parteivorsitzenden Friedrich Holzapfel endete dann der Parteitag. Zunächst erinnerte er an die spontane Gründung der CDU 1945 und stellte dabei die Verdienste von Andreas Hermes heraus, dem der Bundeskanzler vom Parteitag aus extra ein Grußtelegramm gesandt habe. In der weiteren Entwicklung habe die CDU stets die „maßgebende Verantwortung getragen“. Der Parteitag sei ein Markstein in der Parteigeschichte. Für dessen Durchführung und die Ausarbeitung der Satzung gebühre vor allen anderen Alois Zimmer und Ernst Bach großer Dank. Auch dem Vorsitzenden des Kreisverbandes Goslar, Otto Fricke, dem Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, Bruno Dörpinghaus, und dem Redakteur des *UiD*, Heinz Lubbers, müsse er danken. Zu guter Letzt gelte sein Dank aber „in ganz besonderem Maße unserem verehrten Ersten Parteivorsitzenden, dem Bundeskanzler Dr. Adenauer (Stürmischer, tosender Beifall, anhaltende Ovationen)“. Der Bundeskanzler habe die schwere Aufgabe, die Trümmer aufzuräumen, die der Nationalsozialismus hinterlassen habe, sowie den Neuaufbau Deutschlands zu gestalten. Das neue Deutschland solle als „gleichwertiges und gleichberechtigtes Glied“ in die europäische Völkerfamilie eingebracht werden, denn „ohne Deutschland gibt es kein Europa!“

Wie schon zu Beginn sangen die Delegierten auch zum Abschluss des Parteitages wieder die dritte Strophe des Deutschlandliedes.¹¹⁵

Adenauer und der erste Parteitag

Ohne Zweifel war Konrad Adenauer die Hauptfigur in Goslar. Wie die „*Neue Zeitung*“ berichtete, habe jedes Erscheinen des Bundeskanzlers „die Grenzen konventioneller Höflichkeit weit überschreitenden Beifall“ ausgelöst. Goslar habe seine Stellung in der CDU gestärkt.¹¹⁶ Sein Amt als Parteivorsitzender habe nie zur Diskussion gestanden, und bei seiner Wahl habe er ein „imponierendes und undiskutierbares Vertrauensvotum“ erhalten. Durch den Parteitag sei einmal mehr deutlich geworden, dass die CDU „die Partei Adenauers ist“.¹¹⁷ Auch die „*Frankfurter Allgemeine Zeitung*“ wertete den Parteitag als „Adenauers Erfolg“. Goslar sei ein politischer Erfolg für den Bundeskanzler gewesen, dem „immer wieder Ovationen entgegengebracht“ worden sei-

114 Vgl. ebd., S. 165–169.

115 Ebd., S. 169–172.

116 *Neue Zeitung*, 26. Oktober 1950.

117 *Neue Zeitung*, 23. Oktober 1950.

en.¹¹⁸ In einem Beitrag für den Deutschland-Union-Dienst (DUD) bezeichnete Adenauer selbst den ersten Bundesparteitag als „Abschluß einer Periode des organisatorischen Wachsens und Beginn einer umfassenden gemeinsamen Arbeit nach föderalistischen Grundsätzen im gesamtdeutschen Raum“. Goslar sei als „Beginn einer strafferen organisatorischen Arbeit“ der CDU sehr zu begrüßen. Die neue äußere Form müsse aber mit dem richtigen Geist gefüllt werden. Es sei deshalb sein Wunsch gewesen, sich wieder auf die Grundsätze und Ideale der CDU zu besinnen, die in den vergangenen Jahren unter dem Druck der Tagespolitik häufig verloren gegangen seien.¹¹⁹ In seinen Erinnerungen erwähnt Adenauer den Parteitag in Goslar allerdings mit keinem Wort. Auch sein Biograph Hans-Peter Schwarz schenkt dem ersten Bundesparteitag keine Beachtung. Dies mag daran liegen, dass der Bundeskanzler neben dem Parteitag, bei dem er nur das Eröffnungsreferat hielt und das Parteistatut vorstellte, noch andere Termine wahrnahm. So besuchte er am Samstag zusammen mit Bundesarbeitsminister Anton Storch und dem ehemaligen niedersächsischen Finanzminister Georg Strickrodt das nahe gelegene Salzgitter. Dort ließ er sich über den Stand der Demontagen informieren und sicherte dem Oberbürgermeister der Stadt die Unterstützung der Bundesregierung zu.¹²⁰ Am Sonntag brach Adenauer nach dem Gottesdienst zu einer kurzen Rundfahrt durch den Harz auf. Direkt im Anschluss nahm er am Empfang des Oberbürgermeisters von Goslar im Rathaus für die Parteispitze der CDU teil.¹²¹

Fazit

Obwohl es schon lange Pläne zur Gründung einer CDU-Bundespartei gab und seit Herbst 1948 auch ein ausgearbeitetes Parteistatut vorlag, fehlte bis zum Frühjahr 1950 der politische Wille, diese Pläne auch umzusetzen. Die innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten, denen sich die Bundesregierung unter Führung von Konrad Adenauer im März und April 1950 gegenüber sah, gaben dann aller Wahrscheinlichkeit nach den Anstoß, die CDU zu reorganisieren, um die Schlagkräftigkeit der Partei zu erhöhen. Nachdem von den Landesvorsitzenden am 11. Mai 1950 der Beschluss zum bundesweiten Zusammenschluss der CDU ohne die CSU gefasst und Adenauer zum vorläufigen Parteivorsitzenden gewählt worden war, ging es Schlag auf Schlag. Allerdings erschwerte der föderale Charakter der Partei sowohl die Wahl des Tagungsortes als auch die Nominierung der Mitglieder des Parteivorstands,

118 FAZ, 23. Oktober 1950.

119 Deutschland-Union-Dienst, 20. Oktober 1950.

120 Vgl. Goslarsche Zeitung, 23. Oktober 1950.

121 Zum Empfang vgl. ebd.

dessen Zusammensetzung bis zum Beginn des Parteitages immer wieder geändert wurde. Bei den gesamten Vorbereitungen lag das letzte Wort stets bei Adenauer, der auch die entscheidenden Sitzungen leitete. So entschied er u. a., dass der Parteitag eine Arbeitstagung sein solle, um sich auf die Grundlagen der CDU zu besinnen. Außerdem beeinflusste er die Rednerliste und legte das Programm fest. Obwohl Adenauer der unbestrittene Kopf der CDU war, war er noch keineswegs unangefochten, wie die Auseinandersetzungen um die Wahl Kiesingers zum geschäftsführenden Parteivorsitzenden zeigen. Wichtige Vorarbeiten leisteten daneben noch Alois Zimmer und Ernst Bach. So kümmerte sich Zimmer, intensiv um die Ausarbeitung des Parteistatuts und leitete in Abwesenheit des Bundeskanzlers die Konferenzen der Landesvorsitzenden. Außerdem war er Vorsitzender des wichtigen vorbereitenden Ausschusses. Bach hingegen ist der grobe Ablauf des Parteitages zu verdanken und er drängte Adenauer, die Gründung der CDU-Bundespartei endlich anzugehen. Des Weiteren gehörte er der technischen Kommission und der Redaktionskommission in Goslar an.

Alle Referate, die in Goslar gehalten wurden, zeichneten sich dadurch aus, dass sie den Delegierten eindringlich die kommunistische Bedrohung vor Augen hielten, sich für den Neuaufbau Deutschlands auf christlicher Grundlage aussprachen und die Verdienste der CDU beim Wiederaufbau Deutschlands betonten. Breiten Raum nahm auch das Vertriebenenproblem ein. Überschattet wurde die Goslarer Tagung von den Auseinandersetzungen um einen deutschen Verteidigungsbeitrag. In dieser Frage nahmen neben der SPD auch große Teile der evangelischen Kirche, wie Kirchenpräsident Niemöller, eine ablehnende Haltung ein.¹²² Der insgesamt harmonische Verlauf des Bundesparteitages wurde dadurch jedoch nicht beeinträchtigt.

Der erste Bundesparteitag in Goslar war zweifellos ein Wendepunkt in der Geschichte der CDU: Er beendete die verspätete Konsolidierung der Partei und war der Beginn ihrer gemeinsamen Parteiarbeit auf Bundesebene.¹²³

122 Vgl. Heinrich August Winkler: *Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung.* München 2000, S. 144–146.

123 Vgl. Günter Buchstab: *Einleitung*, in: Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden“, S. XII.



1. Bundesparteitag der CDU in Goslar 20.–22.10.1950





Odeon-Theater in Goslar